Stadt Zürich
Schul- und Sportdepartement

Bild: Daniel Thuli

Geschäftsbericht 2007
Schul- und Sportdepartement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Schul- und Sportdepartement

1.	**Vorwort**	**301**
2.	**Legislaturschwerpunkte und Jahresschwerpunkte**	**302**
3.	**Kennzahlen Schul- und Sportdepartment**	**303**
4.	**Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen**	**304**
4.1	**Departementssekretariat**	**304**
4.1.1	Aufgaben	304
4.1.2	Jahresschwerpunkte	304
4.2	**Schulamt**	**305**
4.2.1	Aufgaben	305
4.2.2	Jahresschwerpunkte	305
4.2.3	Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) und Kreisschulpflegen	308
4.2.3.1	Aufgaben	308
4.2.3.2	Jahresschwerpunkte	308
4.2.3.2.1	Berichte aus den Schulkreisen	309
4.2.4	Kommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote	311
4.2.5	Spezifische Kennzahlen	311
4.3	**Schulgesundheitsdienste**	**312**
4.3.1	Aufgaben	312
4.3.2	Jahresschwerpunkte	312
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	313
4.4	**Jugendmusikschule**	**313**
4.4.1	Aufgaben	313
4.4.2	Jahresschwerpunkte	314
4.4.3	Schulkommission	314
4.4.4	Spezifische Kennzahlen	314
4.5	**Sportamt**	**315**
4.5.1	Aufgaben	315
4.5.2	Jahresschwerpunkte	315
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	316
4.6	**Fachschule Viventa**	**317**
4.6.1	Aufgaben	317
4.6.2	Jahresschwerpunkte	317
4.6.3	Schulkommission	318
4.6.4	Spezifische Kennzahlen	319
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**320**

1. Vorwort

Bild: Silvia Wetter

«Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes bringt die bedeutendsten Änderungen in der Volksschule der letzten 175 Jahre. Alle Beteiligten setzen alles daran, dass es gelingt.»

Die Schule in der Stadt Zürich befindet sich im Wandel. Die Reformen im Rahmen des neuen Volksschulgesetzes tragen den Veränderungen im gesellschaftlichen und schulischen Umfeld Rechnung. Davon profitieren die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt. Dank den integrativen Fördermassnahmen fördern wir die Schülerinnen und Schüler nach ihren ganz individuellen Bedürfnissen und Fertigkeiten. Der Ausbau der Betreuungsangebote sowie die Etablierung der geleiteten Schulen tragen wesentlich dazu bei, die Kinder und Jugendlichen auf ihrem Weg zu verantwortungsvollen Mitgliedern unserer Gesellschaft zu begleiten. Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes bedeutet für das gesamte Departement eine grosse Herausforderung, stellt aber auch eine hohe Belastung für alle Beteiligten dar. Es ist wichtig, dass wir diesen Reformprozess gemeinsam mit anderen Akteuren – Behörden, Eltern, Lehrpersonen – angehen.

Die Schule stand im Berichtsjahr verschiedentlich in den Schlagzeilen. Die Leistungen der Volksschule in der Stadt Zürich einzig auf einige negative Vorkommnisse zu reduzieren, entspricht aber nicht der gelebten Wirklichkeit. Dass die Schule als Spiegelbild unserer Gesellschaft vermehrt auch mit verschiedenen Formen von Gewalt konfrontiert ist, wird auch in Zukunft nicht ganz zu verhindern sein. Die Schule als wichtiges Standbein unserer Gesellschaft und Kultur muss mit der gesellschaftlichen Realität leben und ihren Beitrag an die Lösung der Probleme leisten. Wir nehmen daher jeden Vorfall ernst und tolerieren keine Formen von Gewalt. Im Berichtsjahr haben wir mehrere Massnahmen lanciert, die deutlich in diese Richtung zielen. Dank dem im April lancierten Massnahmenpaket «RADAR» gelang es uns, alle im schulischen Umfeld tätigen Personen zu sensibilisieren. Drei Schwerpunkte stehen bei «RADAR» im Vordergrund: Integration, Vernetzung und klare Regeln.

Auch die im November präsentierten Ergebnisse der Administrativuntersuchung rund um die Vorkommnisse im Schulkreis Uto, die keine generellen Missstände und keine allgemeine Führungskrise in diesem Schulkreis feststellte, tragen zur Stärkung des Vertrauens in die städtische Volksschule bei. Die Erkenntnisse der Untersuchung sind bereits in die umfassende Überprüfung der Behörden- und Verwaltungsstrukturen im Volksschulwesen der Stadt Zürich eingeflossen, welche die Konferenz der Schulpräsidentinnen und Schulpräsidenten bereits vor Vorliegen des Berichts über die Administrativuntersuchung beschlossen hat.

Die Schulgesundheitsdienste engagieren sich mit ihren Aktivitäten intensiv in aktuellen Themen wie Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen und Alkoholprävention. Die Suchtpräventionsstelle arbeitet stark im Bereich der Früherkennung und Frühintervention bei Suchtgefährdung. Mit einem Mitmachparcours für Jugendliche oder einem Stand am Platz der Jugend am Züri Fäscht 2007 wurde die Zielgruppe direkt angesprochen.

Die Jugendmusikschule der Stadt Zürich zählte im Berichtsjahr 13 000 Schülerinnen und Schüler. Damit konnte sie einen neuen Rekordwert vermelden. Die Jugendmusikschule leistet mit der Förderung des gemeinsamen Singens, Spielens und Musizierens einen wichtigen Beitrag zur ganzheitlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Musik verbindet aber auch, schlägt Brücken zwischen den Kulturen und verschiedenen ethnischen Gruppen.

Die Eröffnung des in Rekordzeit umgebauten Stadions Letzigrund, aber auch die Inbetriebnahme mehrerer neuen Sportanlagen schaffen der Bevölkerung weitere Möglichkeiten, sich sportlich zu betätigen und am Sport in der Stadt Zürich zu partizipieren. Zürichs Bevölkerung ist sportlich aktiv. Das bestätigen auch die Zahlen des Sportamts. Einer grossen Beliebtheit erfreuten sich erneut die den Schulkindern angebotenen Kurse und Lager. Dieses Angebot ist eine ideale Ergänzung zum obligatorischen Sportunterricht in der Schule, der dank dem Aufbau des «Kompetenzzentrums Sport» kontinuierlich und qualitativ verbessert wird.

Die Zusammenführung der verschiedenen Angebote im Bereich Jugend- und Erwachsenenbildung und Integration zur gemeinsamen Fachschule Viventa haben wir im Schul- und Sportdepartement weiter vorangetrieben. Diese Massnahme kommt in erster Linie der Jugend in unserer Stadt zugute. Ich bin mir bewusst, dass die Zielvorgabe «kein Abschluss ohne Anschluss» hoch ist. Verstärkt haben wir in diesem Bereich auch die Früherfassung von benachteiligten Jugendlichen. Dies geschieht im Rahmen des Projekts «Coaching an Oberstufenschulen», welches das SSD gemeinsam mit dem Sozialdepartement lanciert hat.

Stadtrat Gerold Lauber
Vorsteher des Schul- und Sportdepartments

2. Legislaturschwerpunkte und Jahresschwerpunkte

Legislaturschwerpunkt «Jugend in Zürich»
Das Schul- und Sportdepartement engagiert sich in erster Linie im Legislaturschwerpunkt 3 «Jugend in Zürich». Im Rahmen der geplanten Projekte und Massnahmen zu den drei Bereichen «FreiRäume», «kein Abschluss ohne Anschluss» und «Sicherheit durch Vorbeugen und Grenzen setzen» betätigte sich das Schul- und Sportdepartement aktiv an deren Umsetzung. Namentlich im Um- und Ausbau der schulischen und berufspraktischen Brückenangebote – dies in erster Linie mit der Neuausrichtung der SHL viventa zur Fachschule Viventa –, der frühzeitigen Erfassung und Begleitung von in der Berufsintegration benachteiligten Jugendlichen – mit dem Start des Pilotprojekts «Coaching an Oberstufenschulen» des Schulamts und des Laufbahnzentrums –, sowie mit diversen Tätigkeiten im Rahmen der Gewaltprävention und der Nutzung von Schulanlagen.

Neues Volksschulgesetz: Initiierung Projekt «Trio»
Das neue Volksschulgesetz bietet die Grundlage und die einmalige Chance für einen Umbau der Schule zu einer gemeinsamen Volksschule. Trotz des ehrgeizigen Zeitplans, den der Kanton mit der Umsetzung des Gesetzes verfolgt, wird im Schul- und Sportdepartement dieser Umbau in guter Qualität vollzogen. Mit der Initiierung des Projekts «Trio» wurde im Berichtsjahr ein wichtiger Eckpfeiler gesetzt. Das Gesamtprojekt «Trio» setzt die VSG-Schlüsselthemen «Betreuung», «Förderung» und «Neue Sekundarstufe» um. Im Zuge dieser drei Teilprojekte werden alle übrigen Teilvorhaben und -projekte wie QUIMS, Partizipation, Blockzeiten, kantonaler Kindergarten, usw. vorangetrieben.
Im Rahmen des städtischen Kulturleitbildes 2008 bis 2011 wurde dem Schul- und Sportdepartement die Federführung zur Erarbeitung eines Projekts für ein Kinderkulturhaus in der Stadt Zürich übertragen. In einem ersten Schritt wurde im Berichtsjahr ein tragfähiges inhaltliches und organisatorisches Konzept entwickelt. Das Kinderkulturhaus soll einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Bildung der Kindern und Jugendlichen in der Stadt Zürich leisten.

Administrativuntersuchung Borrweg
Die Vorfälle in den Schulhäusern Borrweg (disziplinarisch schwierige 6. Primarklasse) und Bachtobel (Konflikt zwischen Schulleitung und Lehrpersonen) und der daraus erfolgte Medienrummel hatten nicht nur Auswirkungen auf den Schulkreis Uto (siehe Kapitel 4.2.3.2.1) sondern auch auf die Departementsführung. Die vom Vorsteher in Auftrag gegebene Adminiatrativuntersuchung durch Prof. Dr. Isabelle Häner klärte die Sachverhalte zu diesen Fällen und zu weiteren Vorfällen in anderen Schulhäusern des Schulkreises Uto. Die Ergebnisse der Adminstrativuntersuchung förderten keine gravierenden Führungsmängel im Schulkreis Uto zu Tage, dennoch wurden Aufsichtspflichtverletzungen in einzelnen Fällen festgestellt. Entsprechende Massnahmen sind bereits eingeleitet worden. Der den Medien vorgestellte Bericht ist wichtiger Beitrag zur Versachlichung der Vorwürfe.

Eröffnung Letzigrund
Am 30. August 2007 wurde das Stadion Letzigrund anlässlich einer feierlichen Eröffnungszeremonie offiziell vom Hochbaudepartement an das Schul- und Sportdepartement als Betreiberin des Stadions übergeben. Das Stadion Letzigrund ist Spielstätte der EURO 2008.

Das neue Letzigrund-Stadion, in Rekordzeit gebaut und in Betrieb genommen.
(Bild: Hochbaudepartement)

Neuausrichtung der Fachschule Viventa
Die Schulreorganisation der SHL viventa zur Fachschule Viventa wurde im Berichtsjahr stark vorangetrieben. So wurden die bisherige SHL viventa, die Kurse der Berufswahlschule (BWS), das 10. Schuljahr sowie die drei schulischen Brückenangebote der Sozialen Einrichtungen und Betriebe des Sozialdepartements unter einem Dach vereint. Der Vollzug zur Fachschule Viventa ist per 1. Januar 2008 vorgesehen. Die Neuausrichtung zur Fachschule Viventa führte nahezu zu einer Verdoppelung des Lehrkörpers. Durch die Neuausrichtung konnte die Fachschule Viventa nicht nur die Kräfte bündeln, sondern verfügt nun auch über deutlich verbesserte Möglichkeiten, den Jugendlichen in der Stadt Zürich bedürfnisgerechte und individualisierte «Brücken zum Beruf» anzubieten.

3. Kennzahlen Schul- und Sportdepartment

	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl Mitarbeitende (Festangestellte) Total[1]	5424	5322	5629	5537	5524
– davon Frauen	3945	3873	4107	4048	4035
– davon Männer	1479	1449	1522	1489	1489
Anzahl Stellenwerte	2588.178	2651.828	2693.466	2665.338	2815.858
Anzahl Kaderpersonal Total[2]	569	617	657	629	771
– davon Frauen	446	478	509	497	541
– davon Männer	123	139	148	132	230
Anzahl Lernende Total[3]	22	24	30	31	30
– davon Frauen	12	10	14	18	14
– davon Männer	10	14	16	13	16
Mitarbeitende mit Vollzeitstellen (Beschäftigungsgrad 90–100%)					
Total	972	1083	931	947	1012
Frauen	584	686	520	538	545
Männer	388	397	411	409	467
Anzahl Frauen in %	60,08%	63,34%	55,85%	56,81%	53,85%
Anzahl Männer in %	39,92%	36,66%	44,15%	43,19%	46,15%
Mitarbeitende mit Teilzeitstellen I (Beschäftigungsgrad 50–89%)					
Total	1292	1122	1505	1544	1521
Frauen	1075	931	1260	1278	1263
Männer	217	191	245	266	258
Anzahl Frauen in %	83,20%	82,98%	83,72%	82,77%	83,04%
Anzahl Männer in %	16,80%	17,02%	16,28%	17,23%	16,96%
Anteil Teilzeitstellen II (Beschäftigungsgrad < 50%)					
Total	3160	3117	3193	3046	2991
Frauen	2286	2256	2327	2232	2227
Männer	874	861	866	814	764
Anzahl Frauen in %	72,34%	72,38%	72,88%	73,28%	74,46%
Anzahl Männer in %	27,66%	27,62%	27,12%	26,72%	25,54%
Personalaufwand	285987932	297193592	311197339	314471777	329131875
Sachaufwand	62984593	65252269	65234838	65952236	82079613
übriger Aufwand	422310000	407809499	416798147	418009477	427078741
Total	771282525	770255360	793230324	798433490	838290229
Bruttoinvestitionen	3369901	3302185	2843147	3680081	0

Definitionen:
[1] ohne Lernende und Praktikantinnen/Praktikanten
[2] Mitarbeitende mit Vorgesetztenfunktion
[3] ohne Praktikantinnen/Praktikanten, einschliesslich Pflegeberufe

4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

4.1 Departementssekretariat

4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat (DS) unterstützt den Vorsteher in der Führung und Steuerung des Departements. Es erfüllt departementale Querschnittsaufgaben in den Bereichen Finanzen, Informatik, Personal, Information und Öffentlichkeitsarbeit und ist für die Prozessführung in strategischen Themenstellungen des Departements verantwortlich. Die Führung des Beitragswesens für bildungs- und kulturnahe Institutionen, der Schul- und Büromatereilverwaltung (SBMV) sowie des Nordamerika Native Museums (NONAM) sind Spezialaufgabenbereiche des Departementssekretariats. Die Fachstelle für Gewaltprävention ist im Departementssekretariat administrativ eingegliedert.

4.1.2 Jahresschwerpunkte

Die im Herbst 2006 geplante Reorganisation der departementalen Supportleistungen wurde umgesetzt und per Ende 2007 abgeschlossen. Die bisher zentral im DS geführten operativen Supportleistungen in den Bereichen Finanzen und Informatik wurden ins Schulamt überführt. Diese Massnahme zielte darauf ab, das DS von operativen Supportleistungen für die Dienstabteilungen zu entlasten und zu einem fokussierten Führungsunterstützungsstab mit departementalen Geschäftsplanungs-, Steuerungs- und Controllingaufgaben zu entwickeln. Gleichzeitig konnte das Schulamt durch die organisatorische Eingliederung eines eigenen operativen Rechnungswesens sowie einer eigenen IT-Abteilung gestärkt werden für die Bewältigung des umfassenden Veränderungsprozesses in der Volksschule. Der gesamte Reorganisationsprozess erfolgte stellenneutral.

Fachstelle für Gewaltprävention
Die Fachstelle für Gewaltprävention leistete mit ihrer Arbeit innerhalb der drei Teilbereiche Intervention, Koordination und Prävention einen wesentlichen Einsatz zugunsten der Gewaltprävention an der Stadtzürcher Volksschule. In den publik gewordenen Fällen rund um die Vorkommnisse im Schulhaus Borrweg (siehe Kapitel 2 und 4.2.3.2.1) sowie in der Aufarbeitung der mutmasslichen Vergewaltigung einer Schülerin im Schulhaus Buhnrain standen die Fachpersonen der Fachstelle an vorderster Front im Einsatz. Die Fachstelle für Gewaltprävention leistete im Berichtsjahr 160 Einsätze im Bereich Intervention. Dazu kommen 70 projektorientierte Einsätze. Die Fachstelle für Gewaltprävention geniesst eine sehr hohe Akzeptanz weit über die Grenzen der Stadtverwaltung.
Das Thema Jugendgewalt prägte den Wahlkampf der nationalen Wahlen im Herbst. Die Akzentuierung des Themas hatte direkt Auswirkungen auf die Tätigkeit der Fachstelle, stand sie doch vermehrt im Fokus der Öffentlichkeit. Die Enttabuisierung der Gewaltthematik sowie die bisher eingeleiteten Massnahmen haben mitunter dazu beigetragen, dass die Schulleitungen rasch auf Vorfälle reagieren und die Dienste der Fachstelle für Gewaltprävention als fachliche Unterstützung anfordern. Im Berichtsjahr wurde das Zürcher Interventions- und Präventionsprogramm an Schulen (ZIPSS) ausgewertet. Über die definitive Einführung der daraus erfolgten Massnahmen wird jedoch erst 2008 entschieden. Mit «RADAR» («Rasch auf Auffälligkeiten reagieren») hat die Fachstelle für Gewaltprävention ein Massnahmenpaket lanciert, das die Früherkennung von Gewalt im Gesamtumfeld Schule verstärkt. «RADAR» wurde an einer Medienkonferenz am 19. April präsentiert. «RADAR» widmet sich den drei Bereichen Prävention, Intervention und Repression. Das Massnahmenpaket unterstützt in erster Linie alle im Schulbetrieb beteiligten Personen.

Beitragswesen
Das Beitragswesen unterstützt Institutionen, die bildungs- und kulturnahe Aufgaben in der Stadt Zürich erbringen. Das Beitragswesen prüft Gesuche, überwacht die Mittelverwendung und nimmt städtische Interessen gegenüber den unterstützten Institutionen wahr. Damit wird eine die Schulbildung ergänzende, ganzheitliche Bildung von Schulkindern und auch Erwachsenen gefördert. Dafür wurden im Berichtsjahr rund 16 Mio. Franken (siehe Kennzahlen Kapitel 4.1.3) ausgegeben, der Grossteil davon für die Unterstützung der Bibliotheken.
Ein intensives Jahr erlebte das Beitragswesen in der Zusammenarbeit mit der Pestalozzi-Bibliothek Zürich (PBZ). Diese eröffnete im Januar die vergrösserte Filiale Altstetten, im Juli folgte die Neueröffnung in Sihlcity und im September die Wiedereröffnung der vollkommen umgebauten Hauptstelle in der Altstadt. Das Beitragswesen unterstützte diese Projekte im Rahmen ihres Leistungsauftrags.

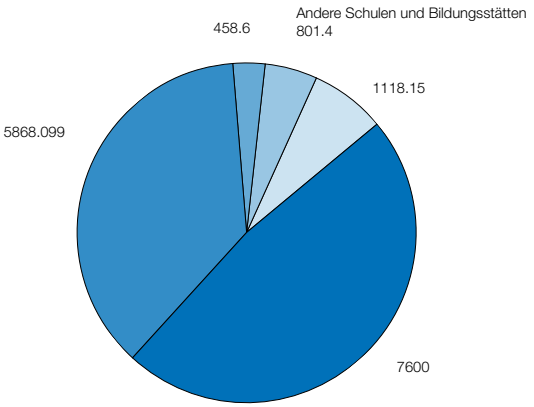
Nordamerika Native Museum (NONAM)
Das Nordamerika Native Museum führte drei Sonderausstellungen durch. Vom 17. September 2006 bis 31. Mai 2007 zeigte das NONAM die Sonderausstellung «KANU KAJAK Boote der Indianer + Inuit». Vom 16. Juni bis 15. Oktober wurde den Besucherinnen und Besuchern in der Ausstellung «reich geschmückt» indianischer Schmuck aus Arizona und New Mexico präsentiert. Seit dem 1. November (bis am 24. Februar 2008) zeigt die Ausstellung «Leben am Rande der Welt» Fotografien aus Nordgrönland, in denen der Fotograf Markus Bühler-Rasom die harten Arbeits- und Lebensbedingungen der Inuit dokumentiert. Mit den Sonderausstellungen, die jeweils parallel zur Dauerausstellung laufen, öffnet sich das NONAM einem grösseren Publikum. Dies auch, weil die gezeigten Themen einen aktuellen Bezug zu unserem Leben und unserer Kultur aufweisen. Im Zuge der globalen Klimaerwärmung erhalten die Bilder von Markus Bühler-Rasom einen ganz besonderen Stellenwert. Und die unverwechselbaren Formen des indianischen Schmucks erfreuten nicht nur die Museums-Besuchenden, sondern ermöglicht den Indianern in Arizona und New Mexico, sich damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Der Fotograf Markus Bühler-Rasom hat die harten Arbeits- und Lebensbedingungen der Inuit dokumentiert. (Bild: NONAM)

Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV)
Die SBMV ist das zentrale Einkaufs- und Dienstleistungszentrum für Schulen, Kindergärten, Horte und die Stadtverwaltung. Die Umstellung auf den Globalkredit bei den geleiteten Schulen hatte grossen Einfluss auf die Arbeitsprozesse innerhalb der SMBV. Personell stark beansprucht wurde die SBMV mit der Einführung der gesamtstädtischen Software SAP. Mit Blick auf die noch laufende Einführung und Umsetzung der Globalkreditsteuerung wurde die Umstellung auf SAP auf Januar 2009 terminiert. Die SBMV erlebte auf den Umsatz bezogen ein absolutes Spitzenjahr. Trotz Einführung des Globalkredits in den Schulen konnten die Materialbudgets eingehalten werden. Wesentlich zum Umsatzplus von vier Prozent (2006: 21,8 Mio. Franken, 2007: 22,7 Mio. Franken) trug eine deutliche Steigerung der verwaltungsinternen Bezüge bei, was belegt, dass die umfassenden Dienstleistungen der SBMV immer mehr in Anspruch genommen werden.

4.1.3 Kennzahlen

Beitragswesen 2007



Angaben per 31. Dezember 2007

4.2 Schulamt

4.2.1 Aufgaben

Das Schulamt ist für die Qualitätssicherung und -entwicklung der städtischen Volksschule verantwortlich. Es führt das Sekretariat der Schulpräsidentinnen- und Präsidenten und pflegt eine enge Zusammenarbeit mit kantonalen Schulbehörden. Das Schulamt unterstützt die Lehrerschaft und Schulen in den Bereichen Administration, Unterricht und Pädagogik.

4.2.2 Jahresschwerpunkte

Das Schulamt hat nebst dem ordentlichen Tagesgeschäft zum Betrieb der Schulen die Umsetzung des kantonalen Volksschulgesetzes sowie des städtischen Organisationsstatuts vorangetrieben. Im Vordergrund standen dabei die Vorbereitungen zur Stärkung der Integrationsfähigkeit der einzelnen Schuleinheiten sowie zur flächendeckenden Einführung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots. Bei der Umsetzung des städtischen Organisationsstatuts ging es um die Operationalisierung der Globalkredite. Im Zentrum aller Anstrengungen stand die geleitete, lokale Schuleinheit. In diesem Sinn wurde auch die interne Kommunikation mittels einer Plattform für Schulleitungen und allgemein für die Schulen gestärkt.
Die Veränderungen der öffentlichen Volksschule sowie der Rahmenbedingungen (NFA) erfordern ein hohes Mass an Transparenz, insbesondere im Bereich der Ressourcen. Bei den Stellenplänen des Schulpersonals, den Finanzen sowie dem Hausdienst (Flächenvermessung) wurden wesentliche Verbesserungen erzielt. Dies gelang nicht zuletzt durch eine Stärkung der Informatik sowie des Finanz- und Rechnungswesens im Schulamt.
Ein spezieller Schwerpunkt war die Förderung der Vernetzung und Zusammenarbeit aller Abteilungen sowie über die Dienststellen des Schulamts hinaus, um für die Schuleinheiten gute Lösungen zu erzielen. Der Kontakt mit der Bildungsdirektion ist verstärkt worden mit dem Ziel, die besonderen Interessen der Stadt Zürich angemessen in den Veränderungsprozess bei Inhalten und Rahmenbedingungen einzubringen.
Ein besonderes Augenmerk galt der Frage, wie die Qualitätsentwicklung und -sicherung im System, mit Priorität auf dem Prinzip der Selbstevaluation, gestärkt werden kann. Eine erste Antwort konnte mit dem Instrument IQES-Online, das auf dem Internet zur Verfügung steht, gegeben werden. Besonders herausfordern sind die zunehmenden Ansprüche an die Bildungsinhalte – die zusätzlich zum Lehrplan – von Aussen an die Schulen gestellt werden (z. B. Schuldenprävention, Umgang mit Energie, Gesundheitsförderung). Das Schulamt entwickelte in diesem Zusammenhang eine Strategie, um einerseits den berechtigten Anliegen Rechnung zu tragen, andererseits die Schulen aber auch nicht zu überfordern.

Abteilung Strategie- und Organisationsentwicklung (ASO)
Die Abteilung ASO war im folgenden Aufgabengebiet tätig: Support der geleiteten Schulen in den Bereichen Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG), Qualitätssicherung/-entwicklung QEQS, Globalkredite, Personalentwicklung/Weiterbildung des Schulpersonals, Kooperationen wie Eltern- und Schülermitwirkung sowie Entwicklung von Innovationsprozessen.
Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes ist mit der integrativen Neuausrichtung der Volksschule der umfassendste Umbau seit ihrer Gründung im Jahr 1832. Am 11. Juli hat der Regierungsrat die entsprechende Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen beschlossen. Die enge Zusammenarbeit des Schulamts mit dem Kantonalen Volksschulamt erweist sich als unterstützend für die Umsetzung. Die Stadtzürcher Schulen sowie die beteiligten Behörden und Dienste werden mit dem Projekt «Trio» (Umsetzungsbereiche «Förderungen», «Neue Sekundarschule» und «Betreuung») in den Wandlungsprozess einbezogen und für die Umstellung per Schuljahr 2009/10 unterstützt und begleitet.
Das Organisationsstatut (GRB 11.1.06) ist seit August in Kraft. Diese Verordnung über die geleiteten Volksschulen in den Stadtzürcher Schulkreisen bestimmt insbesondere Or-

ganisation, Geschäftsführung, Aufgaben und Kompetenzen der Kreisschulpflegen, der Schulleitungen sowie der Schulkonferenzen, und sie regelt die Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern. Die Umsetzung des Organisationsstatuts konnte in enger Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst des Schul- und Sportdepartements weitgehend abgeschlossen werden.

Abteilung Lehren und Lernen (ALL)
Die Abteilung ALL unterstützt die Lehrpersonen im schulischen Alltag mit verschiedenen Dienstleistungen. Das Angebot zur Unterstützung des Computereinsatzes im Unterricht wurde stark ausgebaut und mit vielen praktischen Anleitungen ergänzt. Die konkreten Umsetzungsideen für die Arbeit mit den KITS-PCs wurden in einem vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie ausgeschriebenen Wettbewerb mit einem Anerkennungspreis ausgezeichnet.

2007 wurde das Angebot zur Unterstützung des Computereinsatzes im Unterricht stark ausgebaut. (Bild: Anita Troller, Zürich)

Die Abteilung ALL entwickelte für Lehrpersonen das «Dossier Finanzen», das die Möglichkeiten zur Schuldenprävention in der Schule aufzeigt. Das Lehrmittel enthält die Grundlagen des Lehrplans zu diesem Thema, eine Zusammenstellung von empfehlenswerten Unterrichtsmaterialien, Links zu externen Angeboten und praktische Tipps zur Umsetzung. Mit diesem Vorgehen konnte exemplarisch gezeigt werden, wie aktuelle Anliegen für den Einsatz in der Schule aufbereitet werden können.
Die Universikum-Kurse der Begabtenförderung erfreuten sich wiederum grosser Beliebtheit. Die Auswertung der Fragebögen ergab, dass die Schülerinnen und Schüler die Kursinhalte als attraktiv einstufen. Besonders geschätzt werden die intellektuelle Herausforderung und die Möglichkeit, Neues zu lernen.

Abteilung Sonderschulung und Therapien (AST)
Schule für Sehbehinderte (SfS)
Die Neugestaltung der Finanzen und die Inkraftsetzung des neuen Volksschulgesetzes lösten an der Schule für Sehbehinderte Unsicherheit und zusätzliche Arbeit aus. Die IMMO evaluierte den Arbeitsplatz des sehgeschädigten Kindes. Ergebnisse stehen noch aus. Zu den Jahreshöhepunkten zählten folgende Aktivitäten: Skilager, Projektwochen «Der Natur auf der Spur» und «Winter», Sommerlager, Schulreisen, CH-Torball-Jugendmeisterschaft, Erzählnacht und Jahresschlussfeier. Die B+U organisierte ein Weekend zum Thema «Spielen» für 30 sehbehinderte Kinder.

Heilpädagogische Schule (HP)
Die HP hat ihr Engagement in der integrierten Sonderschulung massiv ausgebaut. Sie beschreitet im Pilotprojekt des Volksschulamtes mit Integrationsklassen neue Wege. Im November feierte die HP ihr 70-jähriges Bestehen. Eine Ausstellung an der Hochschule für Heilpädagogik zeigte die die bewegte Geschichte der Schule auf.

Schule für Körperbehinderte (SKB)
Die Zahl der Schülerinnen und Schüler hat sich unter Einbezug der in der Regelschule begleiteten Kinder und Jugendlichen von 86 auf 90 erhöht. Der Behinderungsgrad mit entsprechendem Therapiebedarf sowie der Umfang der notwendigen Betreuung und Pflege sind bei den neu in die Tagesschule Eintretenden überwiegend sehr hoch. Der Wunsch nach einer Erhöhung der nachschulischen Betreuungsangebote, welche die Familien entlasten, ist gross. Der schulische Höhepunkt war die Projektwoche «SchwiizKunterBunt», inklusive Schulfest.

Psychomotorik-Therapie
Die Psychomotorik-Therapie wird neu von der «Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote» beaufsichtigt. Mit dem neuen Volksschulgesetz verändert sich auch das Angebot der Psychomotorik-Therapie. Neben den kindbezogenen Interventionen (ambulante Einzel- und Gruppentherapie sowie psychomotorische Förderung im Klassenverband) werden vermehrt fachbezogene Interventionen (Fachberatung und Prävention) beansprucht.

Logopädische Therapie
Das neue Volksschulgesetz, der neue Finanzausgleich, die neue Schulkommission, das neu zweiteilige MAB-Verfahren und die Entwicklungen im Verwaltungssystem «IM» führten zu Veränderungen in fast allen Bereichen. Einzig die direkte Arbeit mit dem Kind blieb vorerst weitgehend gleich. Trotz dieser enormen Belastung haben die Therapien ihren hohen Qualitätsstandard gehalten. Zukünftig werden neue Aufgabenbereiche und Arbeitsformen (wie z. B. Prävention oder Kleingruppentherapien) das Kerngebiet der Arbeit in der logopädischen Therapie verändern.

Abteilung Lebensraum Schule (ALS)
Im Juni hat der Stadtrat dem Gemeinderat die Verordnung für die familienergänzende Kinderbetreuung zur Genehmigung überwiesen. Die Verordnung wurde von einer departementsübergreifenden Arbeitsgruppe des Sozialdepartements und des Schul- und Sportdepartements gemeinsam erarbeitet. Sie regelt Angebot, Qualität und Finanzierung der Betreuung für alle Kinder – vom Säuglingsalter bis zum Abschluss der Volksschule. Und sie führt die bisher separaten Rechtsgrundlagen wie das Elternbeitragsreglement, das neue Finanzierungsmodell sowie die Subventionierung privater Betreuungseinrichtungen neu in einem einzigen Erlass zusammen. In der zweiten Jahreshälfte hat sich die gemeinderätliche Spezialkommission PRD/SSD in mehreren Sitzungen ausführlich mit der Verordnung auseinandergesetzt. Anfangs 2008 wird sie dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt.
Die Subventionierung privater Betreuungseinrichtungen erfolgte im bisherigen Rahmen. Verwaltungsintern sind Vorbereitungsarbeiten erledigt worden zur Weiterführung der Subventionierung gemäss neuer Verordnung.

Das Pilotprojekt «Neue Mittagsbetreuung» ist im Sommer mit sehr guten Auslastungen ins zweite Schuljahr gestartet. Zugenommen hat vor allem der Anteil an Kindergartenkindern, was für das Betreuungspersonal eine grosse pädagogische Herausforderung war. Im Herbst führte Infras die Schlussevaluation durch. Der Bericht wird Ende Januar 2008 der PK vorgestellt.
Die Beteiligung der Schulklassen am kulturellen Geschehen und den Angeboten des Büros für Schulkultur war erneut erfreulich. Hervorzuheben gilt es das Oberstufenprojekt «Carmen – a bigger bounce». 60 Oberstufenschülerinnen und Schüler erhielten die Gelegenheit, in einem Freizeitprojekt eine Hip-Hop-Version von George Bizets Oper «Carmen» zu erarbeiten und auf die Bühne zu bringen. Höhepunkt waren die Aufführungen vor ausverkauften Rängen im Theaterhaus Gessnerallee. Die Tournee führte ebenso nach Aarau, Schaffhausen und Glarus; zudem wurde eine DVD inklusive «making of» produziert.

Die Hip-Hop-Oper «Carmen – a bigger bounce» stiess auf grossen Anklang. (Bild:Tanzakademie)

Abteilung Betrieb & Infrastruktur (ABI)
Die Fachstelle für Schulraumplanung hat wie jedes Jahr die Prognosen zur Entwicklung der Anzahl Schülerinnen und Schüler erstellt. Die Aktualisierung hat ergeben, dass mittel- und langfristig gesamtstädtisch mit konstanten bis leicht steigenden Zahlen zu rechnen ist. Es besteht folgender Handlungsbedarf: In städtischen Entwicklungsgebieten Bereitstellung von Pavillons Züri-Modular bis zum Bezug von definitivem Schulraum; Klärung der durch das neue Volksschulgesetz geänderten Anforderungen an den Schulraum und Schaffung der Rahmenbedingungen für eine vermehrte Um- und Mehrfachnutzung von Schulräumen für Betreuung und Förderung.
Verschiedene Projekte im Bereich Hausdienst wurden abgeschlossen, die entsprechenden Reglemente (Hausdienstreglement 07, neues Pflichtenheft, Reinigungsordnung und Reglement zur Berechnung des Hausdienstaufwandes für Volksschulen) verabschiedet und in Kraft gesetzt. Die Berufsbezeichnung der bisherigen Hauswartinnen und Hauswarte wurde in «Leiterinnen und Leiter Hausdienst & Technik» (LHT) geändert.
Zusammen mit sozialen Institutionen organisiert die Abteilung Betrieb & Infrastruktur Einsatzprogramme für Arbeitslose und Asylbewerbende für die Mitarbeit im Bereich Hauswartung in verschiedenen Schulen. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv.
Viele Schuleinheiten haben intensiv an der Umsetzung des Notfallkonzepts gearbeitet. Per Ende 2007 war das Konzept in den meisten Schuleinheiten umgesetzt. Auch das Projekt «Brandschutzausbildung in Kindergärten und Schulen» wirkt in diesem Bereich unterstützend und gewährleistet, dass die Sicherheit ein permanentes Thema in der Schuleinheit wird.
Die durch das Schul- und Sportdepartement geführten Lagerhäuser in den Kantonen Graubünden (Valbella und Lavin), Tessin (Sonvico und Stabio), Waadt (Chexbres) und Freiburg (Charmey) sind gut ausgelastet.

Abteilung Schulmanagement (ASM)
Die ASM entstand per 1. Februar aus der Abteilung Rechnungswesen des DS sowie aus dem bestehenden Controlling des Schulamts. Die neue Abteilung ist für alle Finanzen, Rechnungswesen sowie Controlling im Schulamt zuständig. Ziel ist es, das Finanzwesen optimal ins Schulamt zu integrieren und transparent zu führen. Finanzen und Controlling sind unter einem Dach vereint und die Kompetenzen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten klar geregelt.
Neben diesen Integrationsarbeiten prägten folgende Aktivitäten das Geschäftsjahr: Die konzeptionellen Arbeiten für die Einführung von SAP im Schulamt sind abgeschlossen; diejenigen für die Einführung einer Produktgruppenrechnung per 1. Januar 2008 wurden vorgenommen. Das Budget 2008 wurde zum ersten Mal gemäss den neuen Produktgruppen erstellt; ebenfalls wurden im Bereich Finanzen die Vorbereitungen für die administrative Integration der Kreisschulpflegen in das Schulamt vorgenommen. Diese administrative Integration erfolgt per 1. Januar 2008.
Die Erstellung des Budgets 2008 war mit zusätzlichen, hohen Anforderungen verbunden, weil verschiedene Änderungen aufgrund des neuen Volksschulgesetzes oder des neuen Finanzausgleichs auf Bundesebene berücksichtigt werden mussten. Die wichtigsten Punkte sind hier die Kantonalisierung der Kindergärten, der Rückzug der IV aus der Sonderpädagogik, der Wegfall von verschiedenen Staatsbeiträgen sowie die Änderung des Staatsbeitrags an die Lehrerbesoldungen.

Abteilung Schulpersonal (ASP)
Die Einführung des neuen Volksschulgesetzes wird erst 2008 wesentliche Änderungen bringen in der personalrechtlichen und administrativen Situation des Lehrpersonals. In den Schulkreisen wurden in einer weiteren Initiative Lehrpersonen mit mehr als zehn Wochenlektionen von der Stadt zum Kanton überführt. Dadurch verändert sich das Verhältnis der kommunalen und kantonalen Lehreranstellungen. Im Weiteren starteten die ersten Versuchsklassen für integrierte Förderung. Die Auswirkung auf das Personal ist noch klein.
Beim Hortpersonal resultierte aufgrund der Betreuungsentwicklung eine leichte Zunahme der Mitarbeiterzahl. Mit der Einführung der Blockzeiten werden Tageshorte in Mittag-/Abendhorte umgewandelt. Das bestehende Personal wird dort eingesetzt. Das neue Volksschulgesetz verpflichtet gleichzeitig zur Führung einer Tagesstruktur. Daraus resultierte eine Zunahme des Morgentischpersonals.
Die Anzahl der LeiterInnen Hausdienst & Technik (LHT) hat im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Ursache dieser Abnahme ist erstens, dass die LHT der SHL viventa seit Anfang 2007 nicht mehr in der Statistik des Schulamts aufgeführt werden. Zweitens wurden bei Pensionierungen vereinzelt kleine Anlagen zu Grösseren zusammengefasst.

Abteilung Datawarehouse und Informatik (ADI)
Für die Abteilung ADI standen drei Themen im Mittelpunkt: Integration der Abteilung in das Schulamt; Transparenz schaffen beim Management-Ressourcen-Schulpersonal; Einführung SAP und neue IT-Strategie.
Mit der Integration ins Schulamt wurde eine gute Vernetzung mit den übrigen Abteilungen sowie mit der Schulentwicklung erreicht. In der Vorbereitung auf die SAP-Umstellung per 1. Januar 2008 wurde mit dem Projekt LBWplus (Management-Ressourcen-Schulpersonal) ein erster Schritt für eine verbesserte Transparenz gemacht.

Abteilung Behörden und Kommunikation (ABK)
Bei der Abteilung ABK standen zwei Hauptziele zuoberst auf der Liste. Dank der Einführung eines IT-Tools konnte die Geschäftsführung der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) optimiert werden. Das neue Tool sichert klare Abläufe und unterstützt die Organisation der Konferenz. Nach einer zeitintensiven Periode des Erschaffens und Einrichtens der IT-unterstützten Geschäftsführung zeigte sich einmal mehr die Komplexität des städtischen Schul- und Behördenwesens: Nach einem kurzen Probelauf musste bereits die Überarbeitung der Software eingeleitet werden.
Zweites Ziel war das Einrichten eines elektronischen Informationssystems. Der Informationsfluss von der Zentralen Verwaltung zu den Schulen sowie die Kommunikationskanäle wurden umgestellt. Heute werden die Schulleitungen über das Schulleitungsportal und das Schulpersonal über das Portal «Schule-intern» mit allen relevanten Informationen bedient. Basierend auf den neuen Portalen begann auch der Aufbau eines nutzerfreundlichen Abrufsystems für Formulare.

Schulbauten
Die folgende Aufstellung enthält Schulbauprojekte von Volksschule und Kindergarten mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen von mehr als einer Mio. Franken. Die Projekte sind gegliedert nach Realisierungsstand per Ende 2007; aufgeführt sind Projekte, die mit einer deutlichen Verbesserung des Raumangebotes verbunden sind (ohne reine Instandsetzungsprojekte).

Schulanlagen in Projektierung
- Döltschi, Schulkreis Uto, Instandsetzung und Optimierung einer Oberstufenanlage, Projektierungskredit 1,35 Mio. Franken.
- Entlisberg, Instandsetzung und Optimierung, Objektkredit 7,79 Mio. Franken.
- Rebhügel, Schulkreis Uto, Instandsetzung und Optimierung einer Oberstufenanlage, Projektierungskredit 970 000 Franken.
- Ruggächer, Schulkreis Glattal, 2. Züri-Modular für die provisorische Pavillonschule, Objektkredit 1,45 Mio. Franken.

Schulanlagen im Bau
- Albisriederplatz, Schulkreis Limmattal, Neubau einer Oberstufenanlage mit integrierter Schul- und Quartierbibliothek und einer Dreifachsporthalle an der Bullingerstrasse (Sporthalle im Bau), Objektkredit 52,32 Mio. Franken, Zustimmung der Gemeinde am 27. Februar 2005.
- Auhof, Schulkreis Schwamendingen, Instandsetzung und Optimierung, Objektkredit 5,1 Mio. Franken, StRB vom 11. April 2007.
- Chriesiweg, Schulkreis Letzi, Gesamtinstandsetzung und Umnutzung Hausdienstwohnung, Objektkredit 13 Mio. Franken, StRB vom 31. Januar 2007.
- Hirzenbach, Schulkreis Schwamendingen, Neubau einer Doppelturnhalle und eines Kindergarten- sowie Hortgebäudes, Objektkredit 19,95 Mio. Franken, GRB vom 26. Januar 2005.
- Leutschenbach, Schulkreis Schwamendingen, Neubau einer Primar- und Oberstufenanlage, Objektkredit 60,75 Mio. Franken, Zustimmung der Gemeinde am 27. Februar 2005.
- Luchswiesen, Schulkreis Schwamendingen, Instandsetzung und Optimierung, Objektkredit 6,3 Mio. Franken, StRB vom 9. Mai 2007.
- Milchbuck, Schulkreis Waidberg, Instandsetzung und Optimierung einer Primar- und Oberstufenanlage, Objektkredit 42,5 Mio. Franken, StRB vom 20. Juni 2007.
- Untermoos, Schulkreis Letzi, Instandsetzung sowie Umbau/Umnutzung Schulzahnklinik, Objektkredit 12,35 Mio. Franken, StRB vom 9. Mai 2007.

Bezug von Schulanlagen
- Falletsche, Schulkreis Uto, Instandsetzung und Erweiterung, Herbst 2007.
- Am Wasser, Erweiterung, Herbst 2007.
- Ruggächer, Schulkreis Glattal, 1. Pavillon für die provisorische Pavillonschule, Sommer 2007.
- Letzi, Schulkreis Letzi, Ersatz Pavillon, Einbau von zwei Schulküchen und Naturkundezimmern, Herbst 2007.

4.2.3 Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) und Kreisschulpflegen

4.2.3.1 Aufgaben

Die PK fällt schulstrategische Entscheide, berät schulpolitische Themen und fasst entsprechende Beschlüsse, diskutiert Fragen zur Schulorganisation und verabschiedet die notwendigen Entscheide. Die wöchentliche Berichterstattung aus den Schulkreisen informiert die PK aktuell über aussergewöhnliche Ereignisse aus dem Schulalltag.

4.2.3.2 Jahresschwerpunkte

Die wichtigsten traktandierten Themen an den 35 Sitzungen waren:

- Umsetzung des Volksschulgesetzes (VSG), mit Fokus auf folgende Schwerpunkte: Förderung und Integrative Schulung, Neue Sekundarschule, Betreuung;
- laufende Aktualisierung des Betreuungsangebots auf den aktuellen Bedarf (u.a. mit dem Pilotprojekt «Neue Mittagbetreuung»);
- Übergang des Kindergartens zum Kanton mit gleichzeitiger Einführung des obligatorischen Besuchs;
- Definition von «Führung und Zuständigkeiten» zwischen PK, Schul- und Sportdepartement und den einzelnen Kreisschulpflegen;
- Einführung und Zuweisung des Globalkredits an die Schulen;
- Ressourcenzuteilung an die Schulkreise und Schulen;
- Prüfung der Zusammenführung der Kunst und Sportschule (K&S) und der Klassen für Mannschaftssportarten (MSP).

Die Umsetzung des Volksschulgesetzes bestimmte nicht nur die Traktanden der PK, sondern auch die konkreten Umsetzungsarbeiten in allen Schulkreisen. Neben diesen Schwerpunktthemen prägten verschiedene ausserordentliche Zwischenfälle in den Schulen in Seebach und im Schulkreis Uto die Tätigkeiten der PK. Auch die Vorbereitung von Gesprächen mit Vertretungen des Volksschulamts sowie mit Regierungsrätin Regine Aeppli, die Einführung des Reglements «Elternmitwirkung» und des Hausdienstreglements, Massnahmen zur Optimierung des Geschäftsablaufs der PK sowie Aussprachen mit der Jugendanwaltschaft füllten die Traktandenliste der wöchentlichen Sitzungen.
Dazu waren die Beantwortungen von politischen Vorstössen aus dem Gemeinderat wie folgt traktandiert:

- acht Weisungen an den Stadtrat für die Beantwortung von Schriftlichen Anfragen;
- zwei Weisungen an den Stadtrat für die Beantwortung von Interpellationen;
- zwölf Beantwortungen von Postulaten zuhanden des Geschäftsberichts des Stadtrates 2007;
- zwei Weisungen an den Stadtrat für die Umwandlung von eingereichten Motionen in entsprechende Postulate.

Im Januar und im August dienten zweitägige Retraiten der Auseinandersetzung mit strategischen Themen zum Schulwesen. Neben der Umsetzung des Volksschulgesetzes standen auch die Führungsstrukturen im Departement und in der PK sowie die Auseinandersetzung mit der Schule der Zukunft im Mittelpunkt der Diskussionen.

4.2.3.2.1 Berichte aus den Schulkreisen

Schulkreis Uto
(Andreas Rüegg, Präsident)

Erstmals waren die Schulleitungen in die Mitarbeiterbeurteilung eingebunden. Die Beurteilungen von Behördemitgliedern und Schulleitungen stimmten weitgehend überein. In der Aprilsitzung wurden der Kreisschulpflege (KSP) die «Q-Berichte» der 18 Schuleinheiten präsentiert. Die Schulleitungen sind in ihren Schuleinheiten gut positioniert. Co-Leitungen haben sich ebenso bewährt wie Einzelleitungen. Überraschend war die grosse Vielfalt schulhausspezifischer Themen. Die Belastung der Schulleitungen wird als sehr hoch erlebt und grenzt an Überlastung. Generell ist die KSP mit dem Entwicklungsstand der Schulen im Uto sehr zufrieden.
Die grösste Herausforderung ist die Umsetzung der Integrativen Förderung, die auf Sommer 2009 realisiert wird. Als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung erarbeiten die Schulen seit Jahresbeginn ihre Förderkonzepte und bilden im Hinblick auf die integrative Unterrichtsform pädagogische Teams.
Der Schulkreis Uto stand im Zusammenhang mit den Vorfällen an einer 6. Klasse im Schulhaus Borrweg sowie einem Teamkonflikt zwischen Schulleitung und vier Lehrpersonen im Schulhaus Bachtobel im Fokus der Öffentlichkeit. Die als Folge dieser Ereignisse von Stadtrat Gerold Lauber angeordnete Administrativuntersuchung (siehe Kapitel 2) unter Leitung von Prof. Dr. Isabelle Häner stellte keine generellen Missstände und keine allgemeine Führungskrise im Schulkreis Uto fest. Allerdings sind im Bericht einzelne Amtspflichtverletzungen festgehalten, und es wurden Massnahmen organisatorischer und personenbezogener Art im Schulkreis Uto empfohlen. Bei der Medienpräsentation des Berichts Anfang November zeigte sich Stadtrat Gerold Lauber befriedigt darüber, dass aufgrund dieser umfassenden und unabhängigen Untersuchung die Vorgänge im Schulkreis Uto aufgeklärt sind und die Fakten auf dem Tisch liegen. Die im Bericht festgehaltenen Massnahmeempfehlungen wurden von ihm unterstützt und in Auftrag gegeben.

Schulkreis Waidberg
(Urs Berger, Präsident)

Arbeitsschwerpunkte waren die Sprachförderung, ein vermehrt individualisierendes Unterrichten, Vorbereitungsarbeiten für die generelle integrative Schulung und der weitere Ausbau der Betreuung. Mit Team- und individuellen Weiterbildungen, in Umsetzungsgruppen und in verschiedenen Projekten wurden die Voraussetzungen für die weitere erfolgreiche Schulentwicklung geschaffen.
Die Rolle der Schulleitungen hat sich durch deren Mitwirkung bei der Mitarbeiterbeurteilung von Lehrpersonen, regelmässige Mitarbeitergespräche und Unterrichtsbesuche akzentuiert; ebenso durch die Übertragung von Kompetenzen bei Schullaufbahnentscheiden der Schülerinnen und Schüler sowie zusätzlicher Bereiche in den Globalkredit der einzelnen Schule. Erstmals erstellten alle Schulen den jährlichen Rechenschaftsbericht («Q-Bericht») zuhanden der Schulpflege und des Vorstehers des SSD. Die erste Hälfte der Waidberg-Schulen wurde durch die kantonale Fachstelle für Schulbeurteilung besucht und begutachtet; den Schulen wurde fachlich gute und engagierte Arbeit attestiert und gleichzeitig wichtige Hinweise für die Weiterentwicklung vermittelt.
Schulorganisatorisch war die Auslagerung aller 23 Klassen aus dem Milchbuck-Schulhaus in fünf benachbarte Schulen und Pavillons auf dem Schulgelände eine grosse Herausforderung. Sie wurde dank grossem Engagement, der Flexibilität aller Beteiligter und der Aussicht auf ein neu renoviertes Schulhaus gut gemeistert.

Schulkreis Zürichberg
(Hanna Lienhard, Präsidentin)

Die Ende 2005 eingeleitete Strukturentwicklung der Schuleinheiten im Schulkreis Zürichberg wurden intensiv fortgeführt. Bereits zusammengefasst sind die Schulen Balgrist und Karthaus (2006/07), Mühlebach und Seefeld (2006/07) sowie Looren und Langmatt (2008/09). Zwei weiterführende Beschlüsse der KSP ergänzen nun die angegangene Strukturentwicklung. Die Schuleinheiten Münchhalde und Mühlebach-Seefeld werden auf das Schuljahr 2008/09 zur Schuleinheit Riesbach mit drei Standorten zusammengeführt. Die Schuleinheit Schanzengraben als Organisationseinheit wird per Schuljahr 2008/09 aufgehoben. Die künftig verbleibenden Abteilungen werden ab Schuljahr 2008/09 mit der Schuleinheit Hirschengraben zusammengeführt. Der Schulkreis Zürichberg bleibt so fit für eine der grossen kommenden Herausforderungen. Denn: Nicht nur die geleitete Schule, sondern auch die integrative Förderung setzt genügend grosse Schuleinheiten für die nachhaltige und optimale Zuteilung von Ressourcen voraus.
Die Zukunft des Schulhauses Schanzengraben beschäftigte die KSP Zürichberg intensiv. Mit der Einführung des neuen

Volksschulgesetzes werden die rund 70 Kinder der sechs Kleinklassen im Schanzengraben in die Regelklassen integriert. Dadurch stellte sich die Frage, ob das Schanzengraben als «Schulhaus fürs Quartier» weiterhin eine Legitimation habe. Die Geschäftsleitung setzte Ende März eine Arbeitsgruppe ein mit dem Auftrag, sich mit der Zukunft dieser Schule zu befassen. Pro und Contra wurden sorgfältig abgewogen: die Schulwege wurden geprüft, die Meinung der Stelle für Stadtentwicklung angefragt, der Schulbetrieb mit nur je einer Unterstufen- und Mittelstufenklasse berechnet. Am Informations- und Diskussionsabend vom 30. Mai zeichnete sich eine klare Meinung ab: für die Elternschaft des Quartiers bildet das Schulhaus eine Art Quartierzentrum. Klar wurde, dass der Kindergarten Selnau ins Schulhaus ziehen soll, sobald Platz vorhanden ist, also auf Beginn Schuljahr 2009/10. Der Schulvorstand stimmte dem Antrag der Geschäftsleitung Ende Juni zu, was die Kreisschulpflege Zürichberg, das Schulteam und die Eltern mit grosser Genugtuung und Dank aufnahmen.

Schulkreis Glattal
(Vera Lang Temperli, Präsidentin)

2007 war stark geprägt durch die Schulreformen, die durch das neue Volkschulgesetz ausgelöst wurden. Die integrative Förderung bedingt die Abschaffung der Kleinklassen und den Aufbau neuer Förderstrukturen. Dies forderte die Schulteams und insbesondere auch die Kleinklassenlehrkräfte, deren Berufsbild sich ändern wird. Die anstehende Oberstufenreform und der Aufbau neuer, erweiterter Betreuungsstrukturen lösten viele Fragen und Diskussionen aus, die noch nicht abschliessend geklärt werden konnten.
Die Schulleitungen wurden unter anderem mit den Themen Qualitätssicherung, Elternmitwirkung, Mitarbeiterbeurteilung und Einführung des Globalkredites stark gefordert. Ohne die professionelle Mitarbeit dieser Führungspersonen könnte die pädagogische und administrativ-organisatorische Führung des Schulkreises nicht mehr bewältigt werden. Die monatlichen, ganztägigen Sitzungen der Schulleiterkonferenz waren ein wesentliches Element, um die Führung des Schulkreises sicherzustellen. Die Zunahme von Gewaltvorfällen auf Pausenplätzen beschäftigte den Schulkreis Glattal auch im 2007. Die Haltung dazu ist klar: «Wir schauen hin und reagieren.» Bezüglich Prävention wurde in den Schulhäusern das Thema Gewalt in vielfältigen Formen angegangen und thematisiert. Es bleibt aber klar festzuhalten, dass in diesem Bereich die Eltern und die Gesellschaft als Ganzes in der Verantwortung stehen.
Der Bezug mehrerer hundert Familienwohnungen im Entwicklungsgebiet Ruggächer in Unteraffoltern machte die Inbetriebnahme eines provisorischen Schulpavillons nötig. Die Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, weil auch in den nächsten Jahren nochmals eine grosse Anzahl neuer Wohnungen bezugsbereit sein werden. Die KSP Glattal begrüsst den Entscheid des Hochbaudepartements, der die Wiederaufnahme konzeptioneller Planungsarbeiten für den Neubau des Schulhauses Ruggächer ermöglichte.
Zusammen mit den Behördemitgliedern wurde das neue Leitbild des Schulkreises mit den fünf Leitinhalten verabschiedet: professionell, gradlinig, massvoll, dynamisch, menschlich. Ausgehend von diesen Inhalten arbeiteten Behörde, Schulteams und die Verwaltung eng zusammen. Herausforderungen und Probleme wurden auf diesem Hintergrund angegangen und nach Lösungen gesucht.

Schulkreis Letzi
(Ernst Weibel, Präsident)

Im Schulkreis Letzi besuchten mehr als 3300 Kinder täglich Kindergarten oder Schule, geführt und betreut durch rund 400 Lehrpersonen. 23 Schulleiterinnen und Schulleiter steuerten, planten, koordinierten und stützten engagiert den Schulbetrieb. Sie lösten Konflikte, führten das Personal und strebten erfolgreich eine hohe Schulqualität an. Eine grosse Unterstützung bedeutete sicher der Ausbau der Schulsozialarbeit.
Dieses Alltagsgeschäft darf nie vergessen werden, wenn von der Einführung der grossen Umsetzungsprojekte des neuen Volksschulgesetzes die Rede ist. Die KSP Letzi steuerte in Zusammenarbeit mit der Schulleitungskonferenz diese Umsetzung bewusst und aktiv. Eine grosse Herausforderung aller Ebenen bedeutet die Umstellung auf die integrative Förderung, kombiniert mit der Auflösung der Kleinklassen. Auch die Umstrukturierung der Oberstufe und die zukünftigen Formen der Betreuung brauchen eine sorgfältige Planung und Einführung. Die drei Projekte verlangen neue pädagogische Konzepte und massgebliche Umstellungen im Personalwesen.
Im Betreuungswesen hat der Schulkreis Letzi einen bedeutenden Ausbau erfahren, konnte doch die Planung weiterer Horte in Angriff genommen werden. Die 2006 erfolgte Reorganisation der Schulbehörden zeigte bereits Wirkung. Die Schulbehördenmitglieder haben durch den umfangreicheren Auftrag ein grösseres Wissen und mehr Erfahrung, die den Schulen zugute kommt. 2007 konnte der Schulkreis Letzi auf zehn Jahre erfolgreiche Reorganisation zurückblicken. Eine externe Analyse der Stärken und Schwächen bestätigt den eingeschlagenen Kurs. Die KSP Letzi wird sich aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen, sondern die Herausforderungen in gewohnter Manier aktiv angehen.

Im Betreeungswesen hat der Schulkreis Letzi einen bedeutenden Ausbau erfahren.
(Bild: Anita Troller)

Schulkreis Limmattal
(Myrta Studer, Präsidentin)

Für alle Mitarbeitenden war 2007 geprägt durch die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes. Die Schulleiterinnen und Schulleiter haben ihre Kompetenzen erweitert und vor allem im personellen Bereich wichtige Aufgaben übernommen. Sie waren als Mitglieder des Beurteilungsteams an der Mitarbeitendenbeurteilung der Lehrpersonen in Schule und Kindergarten beteiligt und beurteilten erstmals die Leitungen Hausdienst und Technik. In allen Schulen ist die Schülerinnen- und Schülerpartizipation eingeführt und die Elternmitwirkung wird vorbereitet. Die Limmattaler Schulen sind in die Projekte «Qualität in multikulturellen Schulen» (QUIMS) eingestiegen.

Aufgrund rückläufiger Schülerzahlen hat die KSP die Fusion von drei Schulen beschlossen und die zukünftigen Schulleitungen gewählt. Mit externer Unterstützung und unter Einbezug aller Beteiligten führten die Schulleitungen den Zusammenführungsprozess in ihren Schulen. Im Sommer wurde die Sporthalle Hardau unter der Leitung des Sportamts in Betrieb genommen und im November offiziell eingeweiht. Im Kreis fünf wurde der Grundstufenversuch mit grossem Einsatz aller Beteiligten auch im dritten Jahr erfolgreich fortgesetzt. Die Schulen legten gegenüber der KSP erstmals mit Jahresberichten Rechenschaft über ihr Wirken ab.
Die grösste Herausforderung ist die Umsetzung der neuen Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen, die auf Sommer 2009 geplant ist. Als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung erarbeiteten die Schulen ihre Förderkonzepte und bildeten im Hinblick auf die kommende integrative Unterrichtsform pädagogische Teams.

Schulkreis Schwamendingen
(Res Rickli, Präsident)

Die kantonale Fachstelle für Schulbeurteilung hat fünf der elf Schulen des Schulkreises beurteilt. Basierend auf präzisen Beobachtungen im Unterricht sowie Umfragen unter Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen, Schulleitung und Schulpflege erhielten die Schulen durchwegs Lob für ihre Arbeit, aber auch konkrete Hinweise, an welchen Themen sie weiter arbeiten müssen. Darauf basierend erarbeiteten sie einen von der KSP genehmigten Umsetzungsplan für die nächsten vier Jahre bis zur erneuten Beurteilung durch die Fachstelle.

Die Planung der Umstellung der Sonderpädagogik auf integrierte Förderung wurde angegangen. Die Umstellung ist eine grosse Herausforderung für Schulen und KSP. Die ganze Schulentwicklung ist auf dieses zentrale Thema fokussiert.
Der Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler im Schulkreis nahm weiter zu. Im Kindergarten waren es am Jahresende 80 Prozent, auf der Unterstufe 72 Prozent. Entsprechend gross waren die Anstrengungen zur Sprachföderung auf allen Stufen. Deutsch als Zweitsprache (DAZ) nahm unter den Fördermassnahmen einen sehr hohen Stellenwert ein. Erstmals erhielten sechs Schulen des Schulkreises zusätzliche Unterstützung durch das kantonale Programm QUIMS (Qualität in multikulturellen Schulen). Zu denken gab – unabhängig von Sprache und Herkunft der Kinder – der wachsende Anteil an Erziehungs- und Sozialisierungsaufgaben, den die Schule übernehmen muss, Wo vorhanden, leisteten die Schulsozialarbeitenden dazu wertvolle Unterstützung.

4.2.4 Kommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote

Die Schulkommission hat im August 2006 ihre Arbeit aufgenommen. Ihr obliegt die Aufsicht über die städtischen Sonderschulen und die therapeutischen Fachbereiche (Heilpädagogische Schule, Schule für Körper- und Mehrfachbehinderte, Schule für Sehbehinderte, Logopädische Therapie, Psychomotorik-Therapie, Psychotherapie und Einzelunterricht). Dieser Kommission gehören 17 Mitglieder an, das Präsidium obliegt dem Vorsteher des Schul- und Sportdepartements.

4.2.5 Spezifische Kennzahlen

	2003	2004	2005	2006	2007
Schülerinnen	26348	26285	26032	25721	25762
– davon Kleinklassen	1621	1615	1496	1344	1132
– davon Oberstufe	5551	5642	5493	5425	5275
– davon Primarschule	14245	14051	13961	13885	14102
– davon Grundstufe				355	405
– davon Kindergarten	4931	4977	5082	4712	4848
Klassen	1549	1504	1463	1414	1381
– davon Kleinklassen	161	150	144	127	110
– davon Oberstufe	312	311	304	300	291
– davon Primarschule	760	732	709	684	687
– davon Grundstufe	0	0	0	18	19
– davon Kindergarten	316	311	306	285	274
Durchschnittlicher Klassenbestand	17.01	17.48	17.79	18.19	18.65
Durchschnittlicher Ausländeranteil	41,73%	41,28%	39,19%	35,86%	34,96%
Durchschnittlicher Fremdsprachigenanteil	44,6%	48,57%	49,69%	50,44%	51,86%
SchülerInnen in Horten	5155	5491	5799	6236	6681
Horte	240	259	266	270	278

Die detaillierten Kennzahlen des Schulamts – einschliesslich Aufschlüsselung nach Schulkreis – sind im Internet unter folgendem Link www.stadt-zuerich.ch/ssd abrufbar.

4.3 Schulgesundheitsdienste

4.3.1 Aufgaben

Die vier Fachdienste der Schulgesundheitsdienste (SG) bilden zusammen das Kompetenzzentrum für Gesundheit, Prävention und psychologische Beratung im Schulbereich. Sie unterstützen und beraten Kinder, Jugendliche, deren Eltern, Lehrpersonen und weitere Fach- und Bezugspersonen.

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Die Integration von Kindern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen in die Regelklassen der Volksschule ist eines der zentralen Ziele des neuen Volksschulgesetzes und eine grosse Herausforderung für die Schule. Die SG tragen wesentlich bei zur strategischen Steuerung, konzeptionellen Planung und operativen Unterstützung dieses zentralen Reformprozesses der Schule.
Lehrkräfte und Schulleitungen sind überdurchschnittlich gefährdet für Burnout und dessen Vorstadien. Mindestens zehn %, das heisst rund 200 Lehrkräfte, sind in der Stadt Zürich davon direkt, entsprechend rund 4000 Schüler und Schülerinnen indirekt betroffen. Die SG haben deshalb ein Weiterbildungsangebot zur Burnout-Prävention lanciert, das auf sehr grosse Nachfrage stiess. Darauf aufbauend wird 2008 ein Präventionskonzept entwickelt.
Dank des seit über 15 Jahren bestehenden Monitorings bei den Zürcher Schulkindern ist auch für die Stadt Zürich die epidemische Zunahme des Übergewichtes gut dokumentiert. Das Gewichtsmonitoring wird es erlauben, die Wirkung der Präventionsstrategie der SG zu überprüfen. Angeboten werden Ernährungsrichtlinien für Schule und Hort, Bewegungs- und Ernährungsprojekte für Kindergarten («Purzelbaum») und Mittelstufe («Moving lifestyle») und Spezialangebote für übergewichtige Kinder.

Schulärztlicher Dienst
Wie jedes Jahr wurde den Kindergartenkindern, den Viertklässlern und den Schülern der 2. Oberstufe die präventiven schulärztlichen Untersuchungen angeboten, ergänzt mit einer freiwilligen Impfmöglichkeit. Die Oberstufenuntersuchung mit dem individuellen Gesundheitsgespräch zwischen Jugendlichen und der Schulärztin/dem Schularzt erfreute sich weiterhin grosser Beliebtheit; die meisten Schülerinnen und Schüler der 2. Sekundarklasse machten davon Gebrauch. Der Erfassungsgrad der Kinder auf allen Stufen liegt trotz der Möglichkeit, die Untersuchungen beim Privatarzt durchzuführen zu lassen, bei rund 95 %. Das Angebot von individuellen Abklärungen und Beratungen wurde vor allem im Kindergartenalter zur Beurteilung der Entwicklung genutzt. Infolge starken Anstiegs der Zeckenerkrankungsfälle wurde der gesamte Kanton Zürich neu zum Endemiegebiet für die durch Zecken übertragene Hirn (-haut)entzündung erklärt. Die kurzfristig organisierte FSME-Impfaktion war mit 3000 geimpften Kindern ein grosser Erfolg. Insgesamt wurden mehr als 13 000 Impfungen durchgeführt.
Über 21 % der vom Schulärztlichen Dienst in den Vorsorgeuntersuchungen erfassten Kinder waren übergewichtig. Diese Zahlen rechtfertigen den hohen Einsatz des Schulärztlichen Dienstes zur Prävention der Epidemie des kindlichen Übergewichts im Rahmen der Strategie der Schulgesundheitsdienste. Sexualpädagogische Einsätze, Einzel- sowie Fachberatungen führte die Fachstelle Lust & Frust durch. Die Nachfrage ist weiterhin grösser als das Angebot.

Schulpsychologischer Dienst
Der Schulpsychologische Dienst war eng in die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes einbezogen. Die Zusammenarbeit aller an der Schule beteiligten Personen, vor allem auch jene mit Eltern, wird immer wichtiger. Wenn es Unklarheiten oder unterschiedliche Einschätzungen gibt, ob ein Kind besondere pädagogische oder therapeutische Unterstützung braucht, wird häufig der Schulpsychologische Dienst beigezogen. Dieser schlägt in Sprechstunden für Lehrpersonen und Schulleitungen, in Elternberatungen und bei Bedarf nach einer testpsychologischen Abklärung Lösungen vor, die sich am Kindeswohl und an den Möglichkeiten der Schule orientieren. Der Beizug des Schulpsychologischen Dienstes bei Unklarheiten oder bei Uneinigkeit wird in der vom Regierungsrat des Kantons Zürich im Juli beschlossenen Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen zur Regel erklärt. Ebenso soll eine vorgängige schulpsychologische Abklärung die Regel sein, wenn Schulpflegen über eine Sonderschulung zu entscheiden haben. Die Bildungsdirektion hat begonnen, die Schulpsychologie entsprechend dem gesetzlichen Auftrag kantonal zu regulieren. Sie hat im April eine Projektstelle für den Bereich der Schulpsychologie geschaffen. Diese erarbeitet ein Grobkonzept über die künftige Struktur der Schulpsychologie, über Aufgaben und Rahmenbedingungen wie Finanzierung und Ausbildungsvoraussetzungen. Der Leiter des Schulpsychologischen Dienstes der Stadt Zürich wirkt in Arbeitsgruppen und an Veranstaltungen mit, die dieses kantonale Projekt begleiten. Besonders wichtig wird es sein, dass die kantonale Regelung die Gemeinden nicht daran hindert, ihre schulpsychologische Versorgung an anerkannten Qualitätsstandards auszurichten.

Schulzahnärztlicher Dienst
Die regelmässigen Instruktionen der Schulzahnpflegehelferinnen tragen wesentlich zur Prävention der Karies bei. Durch Professionalisierung der Unterrichtsmaterialien und gezielter Weiterbildung wurde eine Qualitätssteigerung erzielt. Die Kinder haben sichtlich mehr Spass, mit diesen grafisch attraktiv gestalteten Unterlagen zu arbeiten. Inhaltlich wurde dabei in Zusammenarbeit mit dem Schulärztlichen Dienst vor allem dem Aspekt der gesunden Ernährung Rechnung getragen. Im Zusammenhang mit der bereits im Kleinkindesalter beobachteten Karieshäufigkeit wurde ein Pilotprojekt in der Klinik Zürich Nord zur präventiven Betreuung von zweijährigen Kindern gestartet. Das Interesse und der Erfolg berechtigen zur Ausdehnung des Angebots im Laufe des Jahres 2008. Der Transfer der Jugendzahnpflege vom Gesundheits- und Umweltdepartement zum Schulzahnärztlichen Dienst erfolgte reibungslos. Es kann davon ausgegangen werden, dass das Angebot einer kontinuierlichen Betreuung bis zum 18. Lebensjahr von den Jugendlichen zunehmend beansprucht werden wird. Infrastrukturell sind die Kliniken auf einem sehr guten Stand (Ausnahme Klinik Münchhalde/Zürichberg). In der Klinik Feld konnte mit dem Einbau einer Lüftung/Klimatisierung einem langjährigen Kundenwunsch entsprochen werden. Die Bemühungen zur Verbesserung von Qualität und Kundenfreundlichkeit und die gute Akzeptanz des Angebots resultieren in einem im internationalen Vergleich guten Zustand der Gebisse der Zürcher Schulkinder.

Suchtpräventionsstelle
Die Suchtpräventionsstelle arbeitete wie gewohnt in den Zielgruppen-Bereichen Volksschule, Jugendliche in Ausbildung und Freizeit sowie Eltern. Für diese Zielgruppen fanden zahlreiche Weiterbildungen und Workshops statt.
Bildschirmmedien standen zusätzlich im Zentrum. Nach intensiver Grundlagenarbeit ortete die Stelle ihren Auftrag vor allem bei der Sensibilisierung und Information in Schule und Elternhaus sowie in der Öffentlichkeitsarbeit. Neue Inhalte zu Bildschirmmedien bereicherten bestehende Angebote oder führten zu neuen Produkten.
Im Frühjahr wurde «LIMIT» als Pilotprojekt im Schulkreis Schwamendingen erfolgreich durchgeführt. Es handelte sich dabei um eine angeordnete Gesprächsgruppe für Oberstufenschülerinnen und -schüler, die wiederholt schulische Verhaltensregeln gebrochen und bei denen die üblichen Sanktionen keine spürbaren Verbesserungen gebracht hatten. LIMIT ist eine entwicklungsfördernde Massnahme, die weitere Eskalationen verhindern soll. 2008 wird ein angepasster, zweiter Pilotkurs stattfinden.
Verstärkte Aktivitäten fanden auch in der Alkoholprävention statt. Neben Kursen für Jugendliche mit Gesetzesübertretungen in Zusammenhang mit Alkohol und einem Mitmach-Parcours für die Oberstufe war der Jugendschutz erneut ein wichtiges Thema. Früherkennung und Frühintervention bei Suchtgefährdung waren zudem wichtige Schwerpunkte in der Arbeit mit Berufsbildnerinnen und -bildnern, aber auch mit einigen Schulteams, die sich in intensiven konzeptionellen Prozessen befinden.

Die Suchtpräventionsstelle war mit einem Stand am Platz der Jugend am Züri Fäscht präsent. (Bild: Suchpräventionsstelle)

4.3.3 Spezifische Kennzahlen

Nettoaufwand der Schulgesundheitsdienste pro SchülerIn

	2003	2004	2005	2006	2007
SchülerInnen	26 348	26 285	26 032	25 721	25 671
Nettoaufwand	16 287 315	15 848 405	16 577 366	15 760 915	16 409 035
pro SchülerIn	**618**	**603**	**637**	**613**	**639**

Kommentar
Die Kennzahl «Nettoaufwand pro SchülerIn» umfasst sämtliche Kosten aller vier Fachabteilungen der Schulgesundheitsdienste (Personal-, -Sach-, Infrastrukturkosten).
Entsprechend breit ist der Leistungskatalog, der sämtliche Leistungen der vier Fachdienste umfasst. Eingeschlossen sind auch die Aktivitäten in Privatschulen im Rahmen des gesetzlichen Auftrags, wobei die Privatschüler nicht berücksichtigt sind in der Schülerzahl der Tabelle. Eingerechnet ist ebenso die Präventionstätigkeit der Suchtpräventionsstelle ausserhalb der Volksschule in Betrieben und der breiten Öffentlichkeit. Stichtag 14. Dezember 2007.

4.4. Jugendmusikschule

4.4.1 Aufgaben

Die Jugendmusikschule der Stadt Zürich (JSZ) hat den Auftrag, nach zeitgemässen musikpädagogischen Grundsätzen musikalische Bildung zu vermitteln und die Freude an der Musik zu fördern. Sie versteht sich als Kompetenzzentrum des Schul- und Sportdepartements für Musik, Tanz und Theater.
In der Volksschule führt die JSZ den MEZ-Unterricht (Musikalische Elementarerziehung Zürich) durch, der in die Blockzeiten der 1. und 2. Klassen der Primarschule integriert ist. Hinzu kommt seit dem Schuljahr 2007/08 auch der Rhythmikunterricht. In der Frühförderung werden Kurse in musikalischer Früherziehung und Eltern/Kind-Singen und -Musizieren angeboten. Der weiterführende Unterricht umfasst eine Vielzahl von Instrumentalfächer, Sologesang, Tanz und Theater sowie Ensembleunterricht in vielfältigen Formationen in den Stilbereichen Klassik, Jazz, Pop und Rock.
Mit der Förderung des gemeinsamen Singens, Spielens und Musizierens leistet die JSZ einen wichtigen Beitrag zur ganzheitlichen Entwicklung der Jugend sowie zur Integration von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft. Zudem trägt die JSZ zur Nachwuchsförderung der Musikvereine bei.

4.4.2 Jahresschwerpunkte

Die im Schuljahr 2003/04 eingeleitete Dezentralisierung der Jugendmusikschule wurde 2006 mit der Integration der Sozialen Musikschule als Musikschule Limmattal abgeschlossen. Die JSZ führt nun in jedem der sieben Schulkreise eine geleitete Musikschule. Im 2007 gestarteten Projekt «Change JSZ» geht es nun darum, die funktionale und inhaltliche Abgrenzung zwischen dezentralen Musikschulen, Rektorat und Verwaltung klar zu regeln und wo nötig die Kern-, Führungs- und Supportprozesse der neuen Struktur anzupassen und zu optimieren.
Die JSZ veranstaltet alljährlich einen Grossanlass, in dessen Rahmen die fortgeschrittenen Ensembles, Bands, Orchester, Chöre, Tanz- und Theatergruppen ihr Können einem breiten Publikum präsentieren. 2007 kam es erstmals zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit der JSZ mit der Hochschule für Gestaltung und Kunst (heute Teil der Zürcher Hochschule der Künste ZHdK). Unter dem Titel «Music on Time» boten Schülerinnen und Schüler der JSZ am 17. Juni im Museum für Gestaltung mit einem mehrstündigen Programm das klangliche Pendant zur gleichzeitigen Ausstellung gegenständlicher Kunst zum Thema «On Time».
Auf Einladung der Tonhalle-Gesellschaft konzertierten am 1. Juli zwanzig besonders talentierte Klavierschülerinnen und -schüler der JSZ im Rahmen der Zürcher Festspiele. Sie brachten Robert Schumanns «Album für die Jugend» im Kleinen Tonhallesaal zur integralen Aufführung.

«Music on Time» – MusikschülerInnen spielen Werke zum Thema Zeit. (Bild: Frederic Meyer)

4.4.3 Schulkommission

Die Schulkommission tagte dreimal. Die wichtigsten der behandelten Geschäfte waren:

- Verabschiedung «Raumstrategie und Raumbedarf 2007–2011»;
- Jahresrechnung 2006;
- Zusatzkredit I. Serie 2007, Stellenschaffung;
- Finanzplan IAFP 2008–2011;
- Voranschlag 2008;
- Änderung des Lohnreglements JSZ;
- Novemberbrief 2008;
- Änderung der Zulassung von Schülerinnen und Schülern;
- Mitarbeiterbeurteilung MAB, Abnahme der MAB sowie Wahl der Lehrpersonen.

Die Schulkommission wählte auf Vorschlag der Musikschulleitenden insgesamt 73 Lehrpersonen für die MAB. Davon absolvierten 69 Lehrpersonen die MAB, drei Lehrpersonen waren vorzeitig ausgetreten, eine Lehrperson war erkrankt.
Die von den Musikschulleitenden und Fachvisitatoren erstellten Berichte zeugen von einer allgemein sehr hohen Unterrichtsqualität an der Jugendmusikschule. Rund 70 Prozent der Absolventinnen und Absolventen erhielten eine gute bis sehr gute Beurteilung. Bei fünf Lehrpersonen wurden Defizite festgestellt; sie wurden für eine bestimmte Zeit durch ein Mentorat unterstützt, in einem Fall wurde zusätzlich eine Bewährungsfrist angesetzt.
Ferner besuchten die Mitglieder der Schulkommission Veranstaltungen und Unterrichtslektionen und nahmen an Sitzungen in den dezentralen Musikschulen teil.

4.4.4 Spezifische Kennzahlen

Anzahl Schülerinnen und Schüler/Lehrpersonen

	2003	2004	2005	2006	2007
Schüler/innen Musikalische Grundausbildung	3807	3878	4237	4610	5181
Schüler/innen Musikunterricht	6341	6616	6878	7705	7929
Total Schüler/innen	10148	10494	11115	12315	13110
Lehrerinnen und Lehrer	319	343	362	401	406
Vikarinnen und Vikare	19	13	5	7	24
Total Lehrpersonen	338	356	367	408	430

SchülerInnen, die mehr als ein Fach belegen, werden entsprechend mehrfach gezählt.

4.5 Sportamt

4.5.1 Aufgaben

Der Leistungsauftrag des Sportamts wird jährlich mit dem Produktegruppen-Globalbudget durch den Gemeinderat beschlossen. Die wichtigsten Aufgaben sind: Bereitstellung und Betrieb der Sport- und Badeanlagen, Organisation von Sportangeboten für die Schulkinder, Motivierung der Bevölkerung zum Sporttreiben sowie die im Auftrag der Volksschule erbrachten Leistungen zugunsten des Sports in den Schulen.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

2007 war ein Spitzenjahrgang für den Sport in der Stadt Zürich. Mehrere neue Sportanlagen konnten in Betrieb genommen werden. Und auch auf dem Gebiet des Schulsports wurde dem Sportamt eine neue wichtige Aufgabe, übertragen: der Aufbau des «Kompetenzzentrums Sportunterricht». Erhebliche personelle Ressourcen erforderten die grossen departementsübergreifenden Projekte (Einführung SAP, neues Lohnsystem usw.) und die dadurch verursachten Anpassungen.

Sportanlagen und -veranstaltungen
Das neue Stadion Letzigrund wurde nicht nur in Rekordzeit gebaut, es musste auch in einem sehr sportlichen Tempo (und ohne Hauptprobe) in Betrieb genommen werden. Eröffnungsanlass war das Leichtathletikmeeting «Weltklasse Zürich». Danach ging es weiter mit den Super-League-Spielen von FCZ und GC, zwei Fussball-Länderspielen und den UEFA-Cup-Spielen des FCZ. In den ersten vier Betriebsmonaten (September bis Dezember) wurden im neuen Stadion 250 000 Besucherinnen und Besucher gezählt, das entspricht fast einer Jahresfrequenz im alten Letzigrund-Stadion. Weitere wichtige Neueröffnungen waren die Sporthalle Hardau, die Doppelhalle Hirzenbach und die neuen Kunstrasenplätze und Garderoben der Sportanlagen Juchhof 1 und 2.
Die international wichtigsten Sportanlässe waren wiederum das Leichtathletik-Meeting «Weltklasse Zürich», das Tennisturnier «Zurich open» und der CSI (Springreiten). Auch unsere Sportteams machten uns Freude, allen voran der FCZ mit seinem zweiten Meistertitel in Folge, die Voléro-Damen mit dem Einzug in das Volleyball-Champions-League-Halbfinale (und natürlich ebenfalls einem Schweizer Meistertitel) sowie der Frauenfussballclub Seebach, der den Cupfinal gewann. Zahlreiche weitere attraktive Sportanlässe (Zürich-Marathon, Silvesterlauf, Ironman Switzerland, Inline-Cup, Swiss Cup im Kunstturnen usw.) und die vielen Breitensportanlässe waren ebenso mitverantwortlich für das tolle Sportjahr.

Sportförderung
Wiederum publizierte das Sportamt eine Reihe von Broschüren, die zusammen mit dem wöchentlich im «Tagblatt» und in «20Minuten» erscheinenden Sport-Tipp der Woche und der Homepage «www.sportamt.ch» dazu dienen, die Bevölkerung über die Sportmöglichkeiten zu informieren.
Die Kurse und Lager für Schulkinder erfreuten sich erneut grosser Beliebtheit. Auch im Vereins-Jugendsport ist eine erfreuliche Entwicklung festzustellen (Einzelheiten siehe Kennzahlen Kapitel 4.5.3.).

Der Sportpreis der Stadt Zürich ging an die Triathletin Nicola Spirig, der Sportfördererpreis an den Karatelehrer Gion Honegger für seinen während Jahrzehnten geleisteten Einsatz zugunsten des Jugend-, Breiten- und Leistungssports.

Die vom Sportamt organisierte Schwimmstafette im Hallenbad Altstetten war der einzige Schwimmsportanlass für Schulkinder. 2008 wird der Einzelwettkampf um «de schnällscht Zürifisch» dazu kommen. (Bild: Sportamt)

Sport in der Schule
Mit dem Ziel, die Qualität des Sportunterrichts zu steigern, baut das Sportamt seit dem Sommer das «Kompetenzzentrum Sportunterricht» auf. In der ersten Phase geht es um die Schaffung geeigneter Strukturen. In jedem Schulkreis soll in Zusammenarbeit mit den dort tätigen Sportlehrerinnen und Sportlehrern eine Fachstelle aufgebaut werden, die in Zukunft die Lehrkräfte auf dem Gebiet des Sportunterrichts beraten wird. Weitere Ziele sind der Ausbau des freiwilligen Schulsports, der Einbezug sportlicher Angebote in die schulischen Betreuungsangebote und die Bereitstellung von Unterrichtshilfen für die Sportunterricht erteilenden Klassenlehrkräfte. Angestrebt wird in Anlehnung an gesamtschweizerische Bestrebungen auch die Einführung von Standards im Sportunterricht. Auf den 1. Januar 2008 wird das Kompetenzzentrum in die Abteilung Schulsport des Sportamts integriert; der bisherige Leiter des Kompetenzzentrums übernimmt auf diesen Zeitpunkt die Leitung der Abteilung.
Im Gegensatz zum Sportunterricht, für den die Schulen verantwortlich sind, wird der Schwimmunterricht an den 1. bis 4. Klassen durch Schwimmlehrkräfte des Sportamts erteilt. 2007 waren es 22 962 Lektionen. Auch an den durch die Schulen angebotenen Kursen und Lagern beteiligten sich zahlreiche Schulkinder (siehe Kennzahlen Kapitel 4.5.3).

Hallen- und Freibäder
Zürichs Hallen- und Freibäder zählten 1,95 Mio. Eintritte (einschliesslich Eintritte in die durch private Trägerschaften geführten städtischen Bäder), was im Vergleich zum Vorjahr einem Rückgang um 14,1 % entspricht. Der Rückgang ist ausschliesslich auf die Sommerbäder (-29,9 %), d. h. das schlechte Sommerwetter zurückzuführen. In den Hallenbädern stiegen die Frequenzen um 6,9 %. Das im letzten Sommer geschlossene Freibad Letzigraben präsentierte sich nach einer umfassenden Sanierung und Modernisierung in neuem Glanz und wurde von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Gegenüber dem letzten Betriebsjahr (2005) beträgt die Frequenzsteigerung 25 %.

4.5.3 Spezifische Kennzahlen

Freiwillige Kurse und Lager, Anzahl Schülerinnen und Schüler

	2003	2004	2005	2006	2007
Sportkurse des Sportamtes (Wochendurchschnitt)	1 300	1 384	1 364	1 425	1 516
freiwilliger Schulsport (Wochendurchschnitt)	2 068	2 231	2 473	2 736	3 008
Feriensportkurse	2 851	2 602	2 518	2 906	3 334
Zürcher Sport-Ferienlager in Fiesch	696	708	668	668	660
Wintersportlager	1 069	1 069	1 129	1 146	986

Weitere Kennzahlen Jugendsport

	2003	2004	2005	2006	2007
Schulschwimmen (Anzahl Lektionen pro Jahr)	24 937	24 303	23 719	23 041	22 962
Jugendliche in Sportvereinen (mit Wohnsitz Zürich)	12 710	12 819	12 316	12 369	12 727
Subventionierte Sportvereine mit Jugendgruppen	201	198	188	189	195

Frequenzen der wichtigsten städtischen Sportanlagen (Anzahl Nutzende pro Jahr)

	2003	2004	2005	2006	2007
Hallenbäder	945 660	1 000 541	949 792	968 297	1 035 402
Freibäder	1 986 921	1 001 089	1 086 392	1 302 211	912 815
Schulschwimmanlagen (einschliesslich Schwimmunterricht)	385 769	407 294	396 944	396 972	392 160
Kunsteisbahnen	276 027	237 898	266 506	280 625	259 240
Rasensportanlagen	632 113	661 457	649 596	610 801	629 625
Sporthallen (ohne Schulturnhallen)				329 561	316 714
Stadion Letzigrund (Zuschauerinnen und Zuschauer)[1]	297 700	343 850	267 650	110 600	250 000

Städtische Sportanlagen, Bestand per 31.12.07

	Anzahl	Bemerkungen
Sporthallen (Doppel- und Dreifachhallen)	10	davon 5 Dreifachhallen
Turnhallen (Einzelhallen)	152	
Sommerbadeanlagen	17	6 Beckenbäder, 11 See- und Flussbäder
Hallenbäder	7	davon 2 mit 50m-Becken
Fussballplätze	82	66 Rasen-, 14 Kunstrasen-, 2 Sandplätze
Tennisplätze	92	+ 64 private Plätze auf Land der Stadt
Leichtathletikanlagen mit 400m-Rundbahnen	6	
Kunsteisbahnen	3	7 Eisfelder, davon 1 gedeckt
Diverse Spezialanlagen	25	

[1] reduzierter Betrieb (2006 sechs Monate, 2007 vier Monate)

4.6 Fachschule Viventa

4.6.1 Aufgaben

Die Fachschule Viventa, die ehemalige Schule für Hauswirtschaft und Lebensgestaltung, hat sich als das Kompetenzzentrum für Berufsvorbereitung, Integration, Berufs-, Erwachsenen- und Elternbildung etabliert. Im Bildungswesen der Stadt Zürich schliesst sie nahtlos an die Volksschule an. Mit ihren Ausbildungen für fremdsprachige Jugendliche und Erwachsene ist sie auch ein wichtiges Standbein der städtischen Integrationspolitik.

4.6.2 Jahresschwerpunkte

Die Fachschule Viventa stand im Fokus der Neuorganisation der zukünftigen Schule. Die Vorbereitungen auf den Zusammenschluss der Freiwilligen 10. Schuljahre, der Berufswahlschule, der Fachschule für Hauswirtschaft und Lebensgestaltung sowie der schulischen Integrationsangebote des Sozialdepartements per 1. Januar 2008 zur Fachschule Viventa begleiteten die Schule während des ganzen Jahres.

Qualitätsmanagement
Das Qualitätsmanagement-System nach ISO 9001:2000 stand im Zeichen der Umstrukturierung der Schule, was laufend teilweise vorübergehende Anpassungen erforderte. Daneben stand die Rezertifizierung nach eduQua an. Durch die Vereinigung beider vormals einzeln zertifizierten Weiterbildungsabteilungen im Format Erwachsenenbildung drängte sich der Aufbau eines neuen, die ganze Erwachsenenbildung umfassenden Systems zu Qualitätsentwicklung und -sicherung nach eduQua auf. Am 14. Mai bestand das Format Erwachsenenbildung diese Rezertifizierung.
Die Berufswahlschule (BWS) führte die Entwicklungsarbeit mit FQS in den bewährten Strukturen der sechs Q-Gruppen weiter: mit den Qualitätszielen «Informiert-sein» und «Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit». Die Gruppen von zwei bis drei Lehrpersonen richteten ihr Augenmerk in erster Linie auf die Optimierung der Lernprozesse der von ihnen betreuten Schülerinnen und Schüler, aber auch auf die Kommunikation und Kooperation innerhalb der ganzen BWS. Daneben setzten sie sich intensiv mit den Umstrukturierungsprozessen für das Berufsvorbereitungsjahr auseinander. Die Schlussberichte der Q-Gruppen und die Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler zeigen, dass sich die Umstrukturierung vorteilhaft auf den Unterricht und die Befindlichkeit der Lehrpersonen auswirkt.

Integrationsangebote
Der Integrationskurs für Jugendliche, der Integrationskurs für junge Erwachsene und das Vorbereitungsjahr «Login» wechselten vom Sozial- ins Schul- und Sportdepartement. Die erste Etappe, die Unterstellung aller Mitarbeitenden unter die Dienstchefin und zukünftige Rektorin der Fachschule Viventa, wurde per 1. August vollzogen. Die Herausforderung für alle Mitarbeitenden aus dem Sozialdepartement bestand darin, sich rasch mit den Mitarbeitenden, den Strukturen und Abläufen im Schul- und Sportdepartement vertraut zu machen und sich konstruktiv am Reorganisationsprozess zu beteiligen.

Der Integrationskurs für Jugendliche ist eine einjährige Ganztagesschule, die seit 28 Jahren besteht. Zielgruppe sind 17- bis 20-jährige fremdsprachige Jugendliche, die im Rahmen des Familiennachzugs oder wegen Heirat neu in die Schweiz eingereist sind und sich hier eine Existenz aufbauen wollen. Der Integrationskurs für junge Erwachsene ist ein Kursangebot für fremdsprachige 20- bis 35-jährige Erwachsene, die neu in die Schweiz eingereist sind, sich eine Existenz in der Schweiz aufbauen wollen, keine oder nur wenig Deutschkenntnisse haben und mit dem Leben in der Schweiz noch nicht vertraut sind. Das Vorbereitungsjahr «Login» wird für gut qualifizierte junge Frauen und Männer im Alter von 18 bis 26 Jahren angeboten, die nach der obligatorischen Schulzeit in die Schweiz kommen und sich auf eine Berufslehre oder eine höhere Ausbildung vorbereiten wollen. Die Teilnehmenden besuchen das Vorbereitungsjahr in der Regel nach einem Integrationsangebot. Die insgesamt 108 Plätze der neun Klassen in den drei Kursangeboten waren von Beginn weg zu 100 % ausgelastet.

Freiwilliges 10. Schuljahr
In der Stadt Zürich werden zwei Freiwillige 10. Schuljahre angeboten. Sowohl die Abteilung Glattal als auch die Abteilung Uto wiesen hohe Auslastungen auf. Mit einer Auslastung von 117 % erfolgte im Glattal der Start ins Schuljahr 2007/08, derweil im Schulkreis Uto 68 Schülerinnen und Schüler im August das Schuljahr in Angriff nahmen.
«Kein Abschluss ohne Anschluss» war im Schulkreis Glattal ein Jahresziel. Nur ein sorgfältig gestalteter Berufswahl- und Entscheidungsprozess mit klarem Blick auf Stärken, Schwächen, Neigungen und Fähigkeiten kann Voraussetzung sein für den erfolgreichen Einstieg in die Welt der Erwachsenen. Kritische Fragen und Hinweise von Mentorinnen, Mentoren und den Fachleuten des Laufbahnzentrums tragen zu einem ausgewogenen Vorgehen auf diesem Weg bei. Einem Weg mit dem Ziel: Ein Abschluss mit erarbeitetem Anschluss.
Eines der Jahresziele der Abteilung Uto war die Durchführung eines Klassenlagers zum Thema «Berufsfindung und Kennen lernen». Dank des Einsatzes des Lehrerinnen- und Lehrerteams, der Leiterin des 10. Schuljahrtreffs und der Laufbahnberatung gelang ein intensives, aber erfolgreiches Lager in Fiesch.

Das 10. Schuljahr bietet Jugendlichen einen Abschluss mit erarbeitetem Abschluss.
(Bild: Anita Troller)

Die Auseinandersetzung mit dem Harmonisierungsprozess und der Neugestaltung der Brückenangebote erfordert von den Lehrpersonen ein hohes Mass an Flexibilität und Engagement auf den verschiedensten Ebenen. Die Zusammenarbeit der beiden Abteilungen hat sich intensiviert. Es wurden vermehrt Arbeitssitzungen durchgeführt zur gemeinsamen Bearbeitung von Änderungen und Vorbereitungen von Vernehmlassungen.

Berufswahlschule
Die Resultate des Schuljahres 2006/07 sehen erfreulicher aus als im Vorjahr. Der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger der Berufswahlschule ohne geregelte Zukunft ist im Berichtsjahr gesunken (2006/07: 33 Jugendliche, zwölf Prozent/Vorjahr: 48 Jugendliche, 17 %). Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt ist weiterhin angespannt. Vor allem Jugendliche mit einem tieferen Bildungsniveau sind schwierig in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Mit der Integration der Berufseinstiegsklassen (BEK) konnte ein Segment in das Angebot der BWS eingebaut werden, das diesem Umstand Rechnung trägt und speziell bildungsschwächere Jugendlichen bei der Suche nach einer Anschlusslösung unterstützt. Zu beachten ist, dass einige Schulabgängerinnen und -abgänger in den Sommerferien Stellen gefunden haben, die statistischen Zahlen kantonal jedoch bereits in der drittletzten Schulwoche erhoben werden.
Erfreulich ist, dass die Zahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle antraten, gleich hoch geblieben ist (163 Jugendliche, 59 %/Vorjahr: 162 Jugendliche, 57,5 Prozent). Das gleiche Bild zeigt sich bei den Jugendlichen, die eine Zwischenlösung fanden (80 Jugendliche, 29 %/Vorjahr: 72 Jugendliche, 25 %). Das Schuljahr 2007/08 konnte in allen Klassen beinahe mit Vollbestand gestartet werden. Mit Unterstützung des Laufbahnzentrums wird versucht, die freien Plätze noch sinnvoll zu besetzen. Neben der täglichen intensiven Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern in den Klassenzimmern und Werkstätten fanden u.a. folgende Anlässe statt: Lager, Projektwochen, Theateraufführungen der Atelierklassen, Sporttag der gesamten BWS.

Fachschule für Hauswirtschaft und Lebensgestaltung, SHL viventa
Die im Vorjahr neu geschaffene ArbeitsWelt-EinstiegsKlasse (AWEK) zeitigte positive Ergebnisse in der Schulung, Begleitung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern, die einen schwierigen – oder keinen – Übergang aus der obligatorischen Schulzeit hatten. Deshalb führte das Fortbildungsjahr (FBJ) im Schuljahr 2007/08 eine zweite Klasse dieses Typs ein, was sich bewährte. Die als Pilotprojekt gestartete und erfolgreiche Unterstützung bei der Lehrstellensuche durch eine externe Fachperson wurde ins zweite Jahr überführt und auf weitere Klassen ausgedehnt. Ein leichter Rückgang der Schülerzahlen war zu Beginn des Schuljahres 2007/08 festzustellen. Dies änderte sich aber in den Herbstmonaten, ersuchten doch laufend Jugendliche um Aufnahme ins FBJ. Die traditionellen viertägigen Berufswahltage zu Beginn des Schuljahres erreichten das angestrebte Ziel: kleine Lehrpersonenteams arbeiteten mit ihren Schülerinnen und Schülern intensiv an Berufswahlfragen, Bewerbungsunterlagen usw. Die Lehrstellensituation sieht auch im laufenden Schuljahr für die Schülerschaft des FBJ nicht besonders rosig aus. Dennoch gelingt vielen Schülerinnen und Schülern der Sprung in die Ausbildungswelt, dies auch dank der Unterstützung durch die Lehrpersonen und der Zusammenarbeit mit der Berufsberatung. Feiern zur Eröffnung und zum Abschluss des Schuljahres, die Sportnachmittage, ein Kulturnachmittag, die sechste Auflage der Brückenstafette und weitere Aktivitäten waren neben dem Unterricht wichtige Meilensteine im Schuljahr. Zudem wurde im Fortbildungsjahr das «Tandem»-Projekt weitergeführt, bei dem sich Lehrpersonen gegenseitig im Unterricht besuchten und darüber ein Feedback abgaben.
Das vielfältige Erwachsenenbildungsangebot der SHL viventa ist dem jüngeren Publikum wenig bekannt. Deshalb wurde das Marketing intensiviert. Eine Plakataktion im Januar, öffentliche Auftritte an Ausstellungen (z. B. Familien-Expo), eine Modeschau von Kursteilnehmerinnen, die Kampagne «Stark durch Erziehung» und ein neuer grafischer Auftritt des Kursprogramms erhöhten den Bekanntheitsgrad der Schule. Die SHL viventa stellt hohe Ansprüche an die Qualität. Im Mai erhielten die Bereiche Erwachsenen- und Elternbildung erstmals ein gemeinsames EduQua-Zertifikat.
Im November wurde das 20. Kursjahr des Vorbereitungskurses für den Sekundarschulabschluss für Erwachsene abgeschlossen. Die Prüfungsbilanz wurde gegenüber dem Vorjahr verbessert. Dennoch besteht ein Schulentwicklungsbedarf, um das Kursangebot den veränderten schulischen und heterogenen Voraussetzungen der Lernenden bei Kursbeginn anzupassen. Das 21. Kursjahr startete im Oktober mit drei Klassen und zwei Niveaustufen.
Die Bereiche Fachangestellte Gesundheit, Hauswirtschaft sowie Weiterbildung und Brückenangebot Gesundheit und Soziales bilden das Format Berufsbildung. Im Ausbildungsgang Fachangestellte Gesundheit ist die Fachschule Viventa für die Module Lebensumfeld und Alltagsgestaltung sowie Sport zuständig. Partnerschulen sind das Careum Bildungszentrum sowie die Kalaidos Bildungsgruppe. Im Sommer schlossen die letzten Lernenden das Pilotprojekt «Attestausbildung Hauswirtschaft» ab. Es wurde ersetzt durch die Ausbildung zur Hauswirtschaftspraktikerin/zum Hauswirtschaftspraktiker, einer zweijährigen beruflichen Grundbildung mit eidgenössischem Attest. Ebenfalls im Sommer beendeten die letzten Lernenden die dreijährige Lehre als HauswirtschafterIn. Diese Ausbildung wurde gemäss neuer Bildungsverordnung in die Lehre «Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft» umgewandelt. Das Pilotprojekt «Berufsvorbereitungsjahr Gesundheit und Soziales» stiess mit seiner Kombination von Schulunterricht, Praxiserfahrung und individuellem Coaching erneut auf reges Interesse. Erstmals beteiligte sich die Fachschule Viventa mit einem Unterrichtsmodul am Angebot «Prospectiva Junior Clean», einem Motivationssemester im Bereich Hausdienst für junge fremdsprachige Erwachsene. Weiterhin gut besucht wurden der Vorbereitungskurs auf die Berufsprüfung für HaushaltleiterIn, Weiterbildungsangebote in Zusammenarbeit mit den Altersheimen sowie Lernangebote und Kurse im Rahmen der beruflichen Weiterbildung.

4.6.3 Schulkommission

Die Schulkommission tagte im Berichtsjahr fünfmal, der Ausschuss dreimal. Die Subkommissionen (Erwachsenen-/Elternbildung bzw. Brückenangebote) tagten neu je zweimal. Die Mitglieder der Schulkommission führten 28 Hauptqualifikationen zu vier Schulbesuche (Total 112), 16 Zwischenbeurteilungen zu zwei Schulbesuche (Total 32) und 76 Schulbesuche durch. Insgesamt wurden 220 Unterrichtsbesuche durchgeführt.

Die wichtigsten der zahlreichen behandelten Geschäfte der Schulkommission waren:

- Abnahme der Rechnung 2006;
- Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2008–2011;
- Voranschlag 2008;
- Entwicklung der Prozesslandkarte des Projekts Fachschule Viventa;
- Grundlagenpapier – Strategische Stossrichtung des Berufsvorbereitungsjahres der Stadt Zürich;
- Überführung der Integrationsangebote des Sozialdepartements in die SHL viventa;
- Einführung der Lohnsteuerung;
- Verordnung über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen an der SHL viventa;
- Beschluss zur Durchführung von Weiterbildungswochen für Lehrpersonen;
- Verordnung über die Fachschule Viventa (VFSV).

4.6.4. Spezifische Kennzahlen

SchülerInnen und KursteilnehmerInnen

	2003	2004	2005	2006	2007
Brückenangebote	573	572	593	640	602
Erwachsenen- und Berufsbildung	7 472	8 671	7 872	7 703	7 394

Stichtermin Juni 2007

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Motionen und Postulate
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2007)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)
POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1999/001301 1999/000339	14.07.1999 30.08.2000	Erdös-Schärer Susanne und Burri-Wenger Maya Horte, frühzeitige Bekanntgabe der Kinderzuteilung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Kinderzuteilung in den Horten zu einem Zeitpunkt erfolgen kann, der es den Eltern und/oder den Erziehungsberechtigten ermöglicht, eine rechtzeitige strukturelle Planung des Familienalltags zu gewährleisten.

Mit dem Postulat 2004/499 von Bucher Gregor und Leupi Daniel «Zuteilung von Hort- und Kindergärtenplätzen, frühzeitige Meldung an Familien» aus dem Jahre 2004 wird eine praktisch deckungsgleiche Forderung gestellt.
Ziel ist, allen Schülerinnen und Schülern einen Betreuungsplatz in der Schuleinheit anzubieten, wo diese auch den Unterricht besuchen. Die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler in die städtischen Horte erfolgt in direktem Anschluss an die Klassenzuteilungen und steht deshalb in Abhängigkeit, da insbesondere bei jüngeren Kindern ein langer und/oder gefährlicher Schulweg vermieden werden muss. Aus diversen, bereits mehrfach genannten Gründen ist diese Klassenzuteilung nicht früher zu vollziehen.
Eine Entschärfung der Problemstellung wird dann eintreten, wenn allen Kindern und Jugendlichen ein Betreuungsplatz in den betreffenden Schuleinheiten zur Verfügung stehen wird. Mit dem neuen kantonalen Volksschulgesetz, das verlangt, allen Kindern bei Bedarf eine Tagesstruktur anzubieten, ist der Auftrag erteilt. Die «Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich» soll demnächst verabschiedet werden und den nötigen Gestaltungsrahmen dazu geben. Es wird deshalb beantragt, das Postulat aufrecht zu erhalten.

POS 2002/000904 2002/000169	27.06.2001 22.05.2002	Schüepp Jürg R. und Schmid Ronald Schulhaus-Neubauten und -Erweiterungen, Schaffung von Richtlinien für Raumprogramme

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für eine Verordnung in Kompetenz des Gemeinderates zu unterbreiten, in welcher für die Stadt Zürich verbindliche Richtlinien für die Raumprogramme von Schulhaus-Neubauten und -Erweiterungen festzulegen sind.

In den nächsten Monaten wird der Kanton Zürich die Vernehmlassung zu den neuen Schulbaurichtlinien durchführen. Die definitive Beantwortung des Postulats soll dann erfolgen, wenn die neuen Schulbaurichtlinien des Kantons vorliegen und wenn die Anpassungen der städtischen Richtlinien abgeschlossen sind. Aus diesem Grund wird beantragt, das Postulat aufrecht zu erhalten.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/000846 2002/000147	15.05.2002 18.12.2002	Fraktion Freisinnig-Demokratische Partei Gewalt von Jugendlichen, Bericht

Wir bitten den Stadtrat, dem Gemeinderat einen Bericht zu unterbreiten, der als Bestandesanalyse die Gewalt von Jugendlichen in der Stadt Zürich untersucht. Besondere Berücksichtigung sollen dabei

– die Gewalt in Schulhäusern und deren Umgebung,
– am Schulsilvester,
– der Vandalismus in öffentlichen Verkehrsmitteln auf dem Schulweg,
– die Ausschreitungen nach verschiedenen Sportanlässen und auch
– die jährliche Nachdemonstration zum 1. Mai, sowie andere gewalttätige Nachdemonstrationen finden.

Es sollen die Ursachen erfasst werden, die zu solchen Gewaltausbrüchen führen, einschliesslich der Rolle der Polizei. Der Bericht soll aber auch Lösungsvorschläge auflisten, was seitens der Bevölkerung und der Stadtverwaltung unternommen werden kann, damit Gewaltausbrüche möglichst vermieden bzw. allenfalls rechtzeitig erkannt werden.

Das Thema «Gewalt von Jugendlichen» wurde innerhalb des Legislaturschwerpunktes 3 «Jugend» des Stadtrates zu einem Schwerpunkt erhoben. Dabei wird die Situation im Bereich Gewalt unter Jugendlichen in der Stadt Zürich umfassend analysiert und ausgewertet. Die aus der Analyse abgeleiteten Massnahmen und Projekte zur Prävention von Jugendgewalt werden unter den beteiligten Departementen (Polizeidepartement, Sozialdepartement, Schul- und Sportdepartement) koordiniert und umgesetzt. Die Berichterstattung hierzu erfolgt im Rahmen der Berichterstattung zu den Legislaturschwerpunkten des Stadtrates.
Die Zahlen über Vandalismus in öffentlichen Verkehrsmitteln auf dem Schulweg müssen separat in Zusammenarbeit mit dem VBZ und ggf. dem ZVV erhoben werden. Gleiches gilt für die Analyse bezüglich Ausschreitungen nach verschiedenen Sportanlässen und nach dem 1. Mai. Eine wichtige Datenbasis hierzu ist die Kriminalstatistik der Stadt und des Kantons Zürich.
Eine Bestandesanalyse über Gewaltvorfälle in Schulen wird im Rahmen des im Berichtsjahr gestarteten Projekts «RADAR» («rasch auf die Auffälligkeiten reagieren») vorgenommen. In 2008 wird eine umfassende Unfrage bei den Schuleinheiten der Stadtzürcher Volksschule durchgeführt, aus welcher die nötige Datenbasis für die Analyse und Berichterstattung hervorgehen soll.
Im Weiteren sollen für die Beantwortung des Postulats Ergebnisse aus Untersuchungen der Universität Zürich zum Thema Jugendgewalt und Gewaltprävention herangezogen werden. In einer Langzeitstudie unter dem Titel ZIPPS (Zürcher Interventions- und Präventionsprogramme an Schulen) wurde das Sozialverhalten von Schülerinnen und Schülern analysiert und ein Programm zur positiven Beeinflussung der Sozialkompetenz bei Kindern erprobt. In einer weiteren Studie wurde 2007 in einer umfassenden Opfer-Täterberfragung das Gewaltverhalten Jugendlicher analysiert und ausgewertet.
Der von den Postulanten verlangte Bericht wird sich im Wesentlichen auf die drei Datenquellen «Kriminalstatistik», «Beobachtungen auf dem Schulhof und in der Schuleinheit» und «Wissenschaftliche Studien der Universität Zürich» stützen und die o.g. Aspekte aufnehmen. Der Bericht soll in 2008 vorgelegt werden. Es wird deshalb beantragt, das Postulat aufrecht zu erhalten.

POS 2004/000042 2004/000005	07.01.2004 07.12.2005	Diem Hans und Schönbächler Robert Kinder- und Frauenfussball, Förderung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in Anlehnung an die Empfehlungen des FIFA-Symposiums für Frauenfussball vom 9./10. Oktober 2003 der Kinder- und der Frauenfussball nachhaltig gefördert und weiterentwickelt werden kann.

In der Stadt Zürich fehlt es an Fussballplätzen. Die auf der Sportanlage Juchhof entstandenen drei neuen Fussballplätze brachten nur eine bescheidene Verbesserung, weil gleichzeitig im Letzigrund ein Platz weggefallen ist und die zwei noch vorhandenen Trainingsplätze für den Breitensport erst benutzbar sein werden, wenn das Stadion Letzigrund seinen eigentlichen Zweck erfüllen wird. Dies wird dann der Fall sein, wenn die Fussballspiele der Super-League im neuen Stadion Zürich durchgeführt werden können.
Der Kinder- und Frauenfussball wird im Rahmen der beschränkten Platzverhältnisse gefördert. Ein Ausbau dieser Förderung ist nur möglich, wenn in der Stadt Zürich zusätzliche Fussballplätze zur Verfügung gestellt werden können. Da dies in den nächsten Jahren mangels Landreserven nur in einem sehr bescheidenen Ausmass möglich ist, streben die zuständigen Departemente einen qualitativen Ausbau (d. h. die Erstellung zusätzlicher Kunstrasenplätze) an. Es wird deshalb beantragt, das Postulat aufrecht zu erhalten.

POS 2004/000093 2004/000027	14.01.2004 25.01.2006	Bucher Gregor Begabtenförderung in der Volksschule, Gewährleistung im eigenen Schulhaus

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Förderung von Kindern mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten im Klassenverband, im Rahmen des altersdurchmischten Lernens (ADL), oder in Lerngruppen, aber innerhalb des Schulkreises gewährleisten kann. Diese Fördermassnahme soll die bisherigen, zentral durchgeführten Kursangebote während der regulären Unterrichtszeit ersetzen. Das Reglement für das «Universikum» soll entsprechend angepasst werden.

POS 2004/000331 2006/000374	04.02.2004 06.09.2006	CVP/VP-Fraktion Jugendgewalt, Massnahmenpaket zur Bekämpfung

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung für ein Massnahmenpaket zur vorbeugenden und intervenierenden Bekämpfung der Jugendgewalt vorzulegen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/000205 2004/000102	03.03.2004 06.09.2006	Bucher Gregor und Richli Mark Ausgegliederte Betriebe des Schul- und Sportdepartements, Angleichung der Löhne und Sozialleistungen an das städtische Personal

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei ausgegliederten Betrieben des Schul- und Sportdepartementes Löhne und Sozialleistungen denjenigen des städtischen Personals angeglichen werden können.

POS 2004/000495 2004/000120	10.03.2004 06.09.2006	Jäger Alexander und Schüepp Jürg R. Unter- und Mittelstufe der Volksschule, Verbesserung der Lesekompetenz

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Qualität des Lesens der Schülerinnen und Schüler in der Unter- und Mittelstufe durch geeignete, kostenneutrale Massnahmen verbessern kann. In Frage käme das Einführen einer Lesestunde pro Tag, das vermehrte Lesen in anderen Fächern oder andere der Lesefähigkeit dienliche Massnahmen.

POS 2004/001306 2004/000413	18.08.2004 01.11.2006	Bucher Gregor Klassenlehrpersonen und andere Betreuungspersonen, subsidiäre Funktions- und Aufgabenabgrenzung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er eine subsidiäre Funktions- und Aufgabenabgrenzung ohne Kostenfolge vornehmen kann zwischen den Klassenlehrpersonen, den SchulpsychologenInnen, den SchulsozialarbeiternInnen und den sogenannten «Trouble-shootern»

POS 2004/001465 2004/000498	15.09.2004 01.11.2006	Bucher Gregor Primarschule, einheitliche Anfangs- und Schlusszeiten

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er für die Primarstufe für den Unterricht die Anfangszeit auf spätestens 08:10 Uhr und die Schlusszeit in der Regel auf 15:00 Uhr festlegen kann unter Öffnung der Schulhäuser über den Mittag als Ergänzung zum Hortangebot. Die Mittagspause soll nicht weniger lang als 90 Minuten dauern.

POS 2004/001466 2004/000499	15.09.2004 03.11.2004	Bucher Gregor und Leupi Daniel Zuteilung von Hort- und Kindergärtenplätzen, frühzeitige Meldung an Familien

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er Familien spätestens nach den Frühlingsferien Mitteilung machen kann, bezüglich der Zuteilung

– eines Hortplatzes, wenn die Familie bisher einen Krippenplatz beanspruchte,
– eines Hortplatzes als Neuinteressenten für einen Betreuungsplatz,
– des Kindes in den Kindergarten, die 1. oder 4. Primarschulklasse.

Die Forderungen der beiden Postulanten Gregor Bucher und Daniel Leupi decken sich praktisch mit der Forderung der beiden Postulantinnen Susanne Erdös-Schärer Susanne und Burri-Wenger Maya: Horte, frühzeitige Bekanntgabe der Kinderzuteilung aus dem Jahre 1999 (POS 1999/339), infolgedessen sind die Begründungen ähnlich.
Ziel ist, allen Schülerinnen und Schülern einen Betreuungsplatz in der Schuleinheit anzubieten, wo diese auch den Unterricht besuchen. Die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler in die städtischen Horte erfolgt in direktem Anschluss an die Klassenzuteilungen und steht deshalb in Abhängigkeit, da insbesondere bei jüngeren Kindern ein langer und/oder gefährlicher Schulweg vermieden werden muss. Aus diversen, bereits mehrfach genannten Gründen ist diese Klassenzuteilung nicht früher zu vollziehen.
Eine Entschärfung der Problemstellung wird erst dann eintreten, wenn allen Kindern und Jugendlichen ein Betreuungsplatz in den betreffenden Schuleinheiten zur Verfügung stehen wird. Mit dem neuen kantonalen Volksschulgesetz, das verlangt, allen Kindern bei Bedarf eine Tagesstruktur anzubieten, ist der Auftrag erteilt. Die «Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich» soll demnächst verabschiedet werden und den nötigen Gestaltungsrahmen dazu geben. Es wird deshalb beantragt, das Postulat aufrecht zu erhalten.

POS 2004/001511 2004/000510	22.09.2004 01.11.2006	Kunz Hanspeter und Danner Ernst Verschuldung von Jugendlichen, Präventionsmassnahmen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche Präventionsmassnahmen gegen die zunehmende Verschuldung von Jugendlichen von der siebten Klasse an in der Stadt Zürich verbindlich eingeführt werden können.

POS 2004/001641 2004/000556	27.10.2004 01.11.2006	Berthoud Rosmarie und Morgenbesser Mischa Volksschule, Einführung eines Ideenbüros «Kinder beraten Kinder»

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Volksschule der Stadt Zürich, in ein paar Klassen oder Schulhäusern, zuerst als Versuch, ein sogenanntes «Ideenbüro – Kinder beraten Kinder» mit dem Ziel der verbesserten Integration und Kommunikation, eingeführt werden könnte.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/000407 2005/000116	30.03.2005 01.11.2006	Danner Ernst und Kunz Hanspeter Jugendgewalt und Vandalismus, Bekämpfung durch Erziehungsleitbild

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie als Beitrag zur Bekämpfung von Jugendgewalt und Vandalismus ein Leitbild entwickelt werden kann, das als Grundlage für die Gespräche der Lehrkräfte mit den Eltern der Schülerinnen und Schüler unserer Volksschule dienen kann.

POS 2005/000408 2005/000117	30.03.2005 01.11.2006	Danner Ernst und Kunz Hanspeter Jugendgewalt, Bekämpfung durch Förderung der Integration unterschiedlicher Kulturen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Bekämpfung der Jugendgewalt im Rahmen der bereits bestehenden Massnahmen mit den bestehenden Ressourcen für die Förderung der Integration und des konfliktfreien Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft hohe Priorität eingeräumt werden kann.

POS 2005/001073 2005/000346	31.08.2005 08.11.2006	Aeschbach Christian und Fiala Doris PISA-Studie 2003, wirkungsvolle Auswertung in der Stadt Zü-rich

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Ergebnisse der an der PISA-Studie 2003 teilnehmenden Klassen der Stadt Zürich richtig ausgewertet und mit kurzfristig greifenden Massnahmen auf Schwächen wirkungsvoll reagiert werden kann.

POS 2005/001074 2005/000347	31.08.2005 28.09.2005	Aeschbach Christian und Fiala Doris Mitarbeiterbeurteilung der Lehrkräfte, fördernde und weiterentwickelnde Aspekte

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Mitarbeiterbeurteilung (MAB) der Lehrkräfte der Stadt Zürich so gestaltet werden kann, dass fördernde und weiterentwickelnde Aspekte vermehrt gewichtet und mit der Qualitätsentwicklung der Schuleinheiten verknüpft werden können.

31.08.07: Fristerstreckung zur Beantwortung des Postulats beantragt.

POS 2005/001474 2005/000504	30.11.2005 14.12.2005	Badran Jacqueline Horte, IT-Unterstützung für Planung und Administration

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die bestehende Software ausgebaut bzw. eine neue Software beschafft werden kann, die Planung, Administration und das Controlling in den Horten unterstützt.

Die Verordnung über die familienergänzende Kindbetreuung in der Stadt Zürich, Erlass (Weisung Nr. 128; GR 2007/374) bildet die Grundlage für die Umsetzung des oben erwähnten Postulats.
Nach Verabschiedung der erwähnten neuen gesetzlichen Grundlagen müssen die Applikation «Hort-Vertragsverwaltung» sowie die «Planungs-, Administrations- und Controlling-Software» überarbeitet bzw. neu geschaffen werden. In diesem Zusammenhang werden die Anliegen aus dem vorliegenden Postulat in die Evaluation einfliessen und entsprechend berücksichtigt.
In 2008 werden mit der oben genannten Verordnung die Voraussetzungen für eine Neu-Organisation des Hortwesens vorliegen, welche die Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Einführung der erwähnten Informatik Applikationen bildet. Aus diesem Grund wird beantragt, das Postulat aufrecht zu erhalten.

POS 2005/001528 2005/000528	07.12.2005 24.10.2007	Di Concilio Salvatore Lehrstellen, Einrichtung weiterer Lehrwerkstätten und Bericht über deren Kosten

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob und wie zusammen mit allen involvierten Akteuren in Branchen, in welchen für Schulabgängerinnen und Schulabgänger ein Mangel an Lehrstellen besteht, weitere Lehrwerkstätten eingerichtet werden können. Es soll zudem ein Bericht erstellt werden, welche geschätzten Kosten der Stadt dadurch entstehen würden.

POS 2006/000605 2006/000223	07.06.2006 21.06.2006	Rabelbauer Richard und Rabelbauer-Pfiffner Claudia Drogen- und Gewaltprävention, Konzept für die Volksschule

Der Stadtrat wird gebeten ein Konzept für die Drogen- und Gewaltprävention zu erarbeiten, welches sicherstellt, dass jedes Schulkind in der Stadt Zürich einen Präventionsunterricht je einmal in der Unter-, der Mittel- und der Oberstufe erfährt. Der jeweilige Präventionsunterricht soll der Alterstufe angepasst sein.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000682 2006/000259	21.06.2006 12.07.2006	Schicker Guggenbühl Daniela und Recher Anja Pestalozzibibliothek (PBZ), Anpassung der Quartierangebote an die Nachfrage

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Pestalozzibibliotheken unterstützen kann in der Anpassung ihrer Quartierangebote an die hohe Nachfrage. Im speziellen sollen Bibliotheken in Quartieren mit einem hohen Anteil eher bildungsferner EinwohnerInnen ihre Öffnungszeiten ausdehnen können und die dringend notwendige Aufstockung des Angebotes an fremdsprachiger Literatur ermöglicht werden.

POS 2006/000720 2006/000276	28.06.2006 12.07.2006	Bucher Gregor Schulleitungen mit umfangreichen Zusatzaufgaben, Entlastung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Schulleitungen, welche umfangreiche Zusatzaufgaben und -funktionen übernehmen, angemessen dafür von Schulleitungs- und/oder Unterrichtstätigkeit entlastet werden, sodass das Arbeitspensum jenes einer Vollzeitstelle möglichst nicht übersteigt.

POS 2006/001082 2006/000419	27.09.2006 22.11.2006	Anderegg Peter und Danner Ernst Volksschulgesetz, Erhalt von Blockzeitenmodellen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die elf Teamteachingstunden sowie die drei Blockzeitenmodelle: Teamteaching, Fachlehrerparallelisation und das Betreungsmodell im Rahmen der Blockzeiten in der Stadt Zürich nach der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes erhalten bleiben können.

POS 2006/001104 2006/000437	04.10.2006 01.11.2006	Brasser Ueli und Wenger Christian Sekundarstufe der Volksschule, Freifach in rätoromanischer Sprache

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob für Oberstufenschüler ein Freifachkurs in rätoromanischer Sprache eingeführt werden kann oder wie die Stadt Zürich auf andere Weise das Bewusstsein für die Viersprachigkeit der Schweiz und insbesondere das Interesse an der rätoromanischen Sprache fördern kann.

POS 2006/001204 2006/000465	01.11.2006 15.11.2006	Stucker Rolf und Sidler Bruno IMMO, Erhalt von Abwartswohnungen in Schulhäusern

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die IMMO verpflichtet werden kann, auch in Zukunft Abwartwohnungen in den städtischen Schulhäusern beizubehalten.

POS 2006/001302 2006/000524	22.11.2006 21.03.2007	Virchaux Jean-Claude Schulsozialarbeit, Verstärkung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in Schulhäusern der Stadt Zürich, welche soziale Brennpunkte darstellen, verstärkt werden kann.

POS 2006/001304 2006/000526	22.11.2006 21.03.2007	SVP-Fraktion Schulkreis Glattal, Bericht über sexuelle Übergriffe

Der Stadtrat wird gebeten, der GPK und dem Gemeinderat raschmöglichst einen Bericht über die Vorkommnisse im Schulhaus Buhnrain in Seebach vorzulegen, der Auskunft über folgende Punkte gibt:

- *Wie viele Übergriffe sind insgesamt der Schulleitung und/oder der Schulpflege im Schulkreis Glattal in den letzten fünf Jahren zur Kenntnis gebracht worden?*
- *Welche Massnahmen bzw. Entscheidungen wurden bei diesen Übergriffen jeweils getroffen?*
- *Sind in den anderen Schulkreisen in den letzten fünf Jahren Vorfälle von möglichen sexuellen Übergriffen gemeldet worden? Wenn ja wie viele, in welchen Schulkreisen und in welchen Jahren?*
- *Sind in den anderen Schulkreisen in den letzten fünf Jahren Vorfälle von möglichen Übergriffen mit Gewalt gemeldet worden? Wenn ja wie viele, in welchen Schulkreisen und in welchen Jahren?*
- *Ist der Stadtrat der Auffassung, dass Schulbehörden, Schulleiter und die Schulpflege in solchen Fällen überfordert sind?*
- *Welche Massnahmen werden ergriffen, damit der Stadtpolizei (inklusive Kinderschutzgruppe, Jugenddienst) sämtliche Vorfälle oder möglichen Verdachte umgehend gemeldet werden?*

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/001325 2006/000543	29.11.2006 21.03.2007	Bucher Judith und Weber Doris Schulkreis Glattal, Bericht über sexuelle Übergriffe

Der Stadtrat wird gebeten, der GPK und dem Gemeinderat raschest möglich einen Bericht über die Vorkommnisse im Schulhaus Buhnrain in Seebach vorzulegen, der Auskunft über folgende Punkte gibt:

– Informationen zu den Abläufen im vorliegenden Fall.
– Informationen über allfällige weitere Fälle und das Vorgehen der involvierten städtischen Stellen und Behörden während der letzten fünf Jahre.
– Vorschläge, wie ein Frühwarnsystem, das alle Beteiligten bei der Gewaltprävention involviert, gestärkt werden kann.

POS 2006/001360 2006/000559	06.12.2006 16.12.2006	Angst Walter Fachstelle für Sexualpädagogik, Angebotserweiterung

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie das Angebot der Fachstelle für Sexualpädagogik «Lust und Frust» erweitert werden kann.

POS 2007/000020 2006/000598	16.12.2006 17.01.2007	Nagel Ueli und Leupi Daniel Pestalozzi-Bibliotheken Enge und Heuried, Verzicht auf deren Schliessung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die angekündigte Schliessung der Pestalozzi-Bibliotheken in den GZ Heuried und Enge verhindern oder für den massgeblich betroffenen Kundenkreis (Familien und Kinder im Schulalter) eine quartiernahe Ersatzlösung schaffen kann.

POS 2007/000080 2007/000017	17.01.2007 07.02.2007	Weibel Waser Esther Fussball-Europameisterschaft 2008 (EURO 2008), Förderung der Teilnahme von Mädchen an Schulprojekten

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie bei den Schulprojekten im Zusammenhang mit der EURO 2008 die Mädchen besonders angesprochen und zur Teilnahme motiviert werden können, insbesondere für das Streetsoccer-Turnier. Es sollte das Ziel sein, dass mindestens ⅓ der Teilnehmenden Mädchen sind.

POS 2007/000396 2007/000180	11.04.2007 23.05.2007	Liebi Roger und Vohdin Christopher Volksschule in der Stadt Zürich, Bericht über Organisation, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten

Der Stadtrat wird gebeten, der GPK und dem Gemeinderat unverzüglich einen Bericht vorzulegen, der Auskunft über folgende Punkte gibt:

1. *Organisation; Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in den Volksschulen der Stadt Zürich*
2. *Informationen über alle Fälle von gruppendynamischen Disziplinarverfehlungen in den Volksschulen der Stadt Zürich und das Vorgehen der involvierten städtischen Stellen inklusive Regierung während der letzten fünf Jahre*
3. *Informationen zu den getroffenen Disziplinarmassnahmen und deren Anzahl*
4. *Information zur Entwicklung der Gewalt an den Volksschulen in der Stadt Zürich während der letzten fünf Jahre und deren Gründe*
5. *Informationen über die Weisungen des Stadtrates zum Verhalten der Schulbehörden in Krisensituationen*
6. *Vorschläge, mit welchen Massnahmen gewaltbereiten und renitenten Schülern sowie deren allfällig nicht kooperativen Erziehungsverantwortlichen künftig entgegengetreten wird.*

POS 2007/000562 2007/000284	23.05.2007 13.06.2007	Rabelbauer Richard und Danner Ernst Medienkonsum von Kindern, Verbesserung deren Kompetenz

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit geeigneten Massnahmen die Kompetenz der Kinder im Umgang mit Medien wie Internet, TV, Video, DVD und Computerspielen sowie das Wissen der Eltern über die Auswirkungen des Medienkonsums auf die Entwicklung der Kinder verbessert werden kann. Insbesondere soll auch geprüft werden, wie Eltern von Kindern mit Problemverhalten im Umgang mit Medien zu gewissen Massnahmen verpflichtet werden können.

POS 2007/000755 2007/000382	04.07.2007 22.08.2007	Schicker Daniela und Filli Peider und 14 Mitunterzeichnende Musikunterricht, Sicherstellung für alle Schülerinnen und Schüler

Der Stadtrat wird gebeten abzuklären, wie sichergestellt werden kann, dass allen Zürcher SchülerInnen ein angemessener Musikunterricht (Ort des Unterrichtes, zeitliche Dauer der Lektionen und vertretbare finanzielle Kosten für die Eltern) angeboten wird.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/001114 2007/000569	24.10.2007 14.11.2007	Simon Claudia und Anhorn Ruth K+S-Schule, Folgen der Zusammenlegung mit der Schule für Mannschaftsport (MSP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die jetzigen Schülerinnen und Schüler der Kunst- und Sportschule (K&S) ihre Schulzeit im Schulhaus Neumünster beenden können. Dies ist verbunden mit dem Auftrag an die Schulleitung der beiden Schulen K&S sowie MSP ein pädagogisches Konzept für eine Zusammenführung bis 2010 vorzulegen. Dabei ist sicher zu stellen, dass das Swiss Olympic Label trotz einer eventuellen Zusammenlegung der K&S-Schule mit der Schule für Mannschaftssport MSP an einem Standort erhalten werden kann.

POS 2007/001191 2007/000608	15.11.2007 19.12.2007	Weibel Waser Esther und Dubs Früh Marianne K+S-Schule und Schule für Mannschaftssport (MSP), Unterstellung unter städtische Aufsicht nach der Zusammenlegung

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, ob die neue Schule, die aus der Kunst- und Sportschule (K&S) und der Schule für Mannschaftssport (MSP) entstehen wird, unter eine städtische Aufsicht gestellt werden kann.

II. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate
Motionen und Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1997/000540 1997/000110	26.03.1997 11.06.1997	Renner Theres und Erdös-Schärer Susanne Lehrerschaft, Vergabe der Hausämter an externe Personen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf Beginn der nächsten Amtsdauer im Rahmen eines Pilotversuchs, der sich auf ein bis zwei stark belastete Schulkreise beschränken soll, die bis anhin nur durch Lehrkräfte innegehabten Hausämter für Schulgarten, Bibliothek, Materialverwaltung, Schulhaus- bzw. Turnkustodie und schulhausinterne PC-Betreuung an externe erwerbslose (junge) Berufsfachleute zu vergeben. Der Stadtrat soll dabei prüfen, durch geeignete Organisationsformen die oben aufgeführten Aufgabenbereiche zu Voll- bzw. Teilzeitstellen zusammenzufassen.

Im Januar 2007 wurde der Globalkredit in den Schulen eingeführt. Organisation und Entschädigung der Hausämter geschehen in engem Zusammenhang mit dem Globalkredit, die Organisation liegt in der Kompetenz der Schulleitungen. Erste Erfahrungen im Rahmen der schrittweisen Einführung haben gezeigt, dass eine grosse Flexibilisierung bezüglich der Aufgabenzuteilung innerhalb der Schulen erfolgt ist und die Aufgabenerfüllung nicht mehr starr mit einem eng definierten Hausamt verbunden ist. Bei Bedarf können die früher auf die Inhaber/-innen der Hausämter bezogenen Aufgaben auch durch beigezogene Personen, welche nicht zum Schulpersonal gehören, erledigt werden.
Aus diesen Gründen wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 1998/001315 1998/000218	08.07.1998 08.07.1998	Spezialkommission Präsidial-/Schul-/Sportdepartement Quartierschulen, Reduzierung des Personal- und Sachaufwandes

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zuge der Einführung der Quartierschulen mit ihrer teilautonomen Administration entsprechend auch der Personal- und Sachaufwand in der zentralen Verwaltung des Schul- und Sportdepartements sukzessive reduziert werden kann.

Das strategische Projekt «Führung und Zuständigkeiten» der PK vergleicht IST mit SOLL (vor dem Hintergrund der mit der Umsetzung des Volksschulgesetzes verknüpften organisatorischen und administrativen Veränderungen). Dies zieht Verschiebungen nach sich. Diese werden schrittweise umgesetzt, so dass die daraus resultierenden Erfahrungen zum Teil frühestens in zwei Jahren vorliegen werden.
Sowohl die Schulen wie auch die Verwaltung sind mit der Umsetzung des Volksschulgesetzes stark gefordert (bezüglich Neuausrichtung und –organisation). Die durch das Volksschulgesetz erforderlichen Neuerungen erfordern eine umfangreichere und straffere Organisation. Der Stadtrat hat die Anliegen des Postulats eingehend geprüft und kommt zum Schluss, dass heute davon ausgegangen werden kann, dass aufgrund der vielen neuen Aufgaben nicht mit einer Reduktion des Personal- und Sachaufwands in der Zentralen Verwaltung gerechnet werden darf. Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 1998/001765 1998/000327	30.09.1998 17.03.1999	Seliner Emil Kindergarten, Ausdehnung der vorzeitigen Einschulung

Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie Art. 16 der Verordnung über die Kindergärten abzuändern ist, dass er der neuen Fassung des § 10 des Volksschulgesetzes des Kantons Zürich angepasst wird. D.h., dass die vorzeitige Aufnahme in den Kindergarten analog der vorzeitigen Aufnahme in die Primarschule geregelt ist. Der Stichtag bleibt unverändert, aber der vorzeitige Eintritt in den Kindergarten wird von heute einem Monat auf ein Jahr ausgedehnt.

Mit Beginn des Schuljahrs 2007/08 ist der Kindergarten kantonalisiert worden und die generelle Schulpflicht am Kindergarten auf Beginn des Schuljahrs 2008/09 angesetzt. Gleichzeitig ist der Eintritt in den Kindergarten seitens Kanton neu definiert worden, was einen drei Monate früheren Eintritt ermöglicht. Aufgrund der kantonalen Hoheit über den Kindergarten können Fragen des Eintritts nicht mehr städtisch geregelt werden. Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2000/000718 2000/000175	05.04.2000 04.10.2000	Rom-Bernheim Caroline KindergartenschülerInnen, Neuregelung des Einschreibungsverfahrens

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob das Einschreibungsverfahren für Kindergartenschülerinnen und -schüler neu geregelt werden kann.

Mit Beginn des Schuljahrs 2007/08 ist der Kindergarten kantonalisiert worden. Die generelle Schulpflicht am Kindergarten wird auf Beginn des Schuljahrs 2008/09 eingeführt. Damit hat sich auch das frühere Einschreibeverfahren erübrigt. Die Eltern werden diesbezüglich wie beim bisherigen Eintritt in die 1. Klasse angeschrieben.
Aufgrund der kantonalen Hoheit über den Kindergarten können Fragen des Eintritts nicht mehr städtisch geregelt werden. Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2001/002131 2001/000558	07.11.2001 18.12.2002	Brändle Galliker Anna und Naef Benjamin, Dr. Familienergänzende Betreuung, Zusammenführung aller Stellen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, in welcher Form alle städtischen Stellen für familienergänzende Betreuung zusammengeführt werden können.

Mit der neuen Verordnung erhält die familienergänzende Kinderbetreuung im Sinne einer departementsübergreifenden Gesamtkonzeption ein gemeinsames rechtliches Dach. Die Verordnung legt den kollektiven Rahmen für alle Angebote der familienergänzenden Betreuung für Kinder vom Vorschulalter bis zum Abschluss der Volksschule fest. Sie bestimmt die für alle Betreuungsangebote geltenden Grundsätze unter Berücksichtigung der strukturellen Unterschiedlichkeit zwischen dem vorschulischen und schulischen Betreuungsbereich.
Wichtig ist zudem auch die Verpflichtung der beiden Departemente zur Zusammenarbeit (Art. 4 der Verordnung). Diese haben eine gemeinsame Gesamtstrategie zu entwickeln, die Angebotsplanung zu koordinieren und auch gemeinsame Controllinginstrumente einzusetzen. Hiezu ein Auszug der neuen Verordnung:
Die Verordnung schafft damit die Grundlage für eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden beteiligten Departementen, insbesondere für die koordinierte Sicherstellung und Regelung des Betreuungsangebots in Abhängigkeit von der Nachfrage und unter Verwendung der gleichen Steuerungsfaktoren. Gestützt auf die obigen Ausführungen wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2002/001248 2002/000245	03.07.2002 18.12.2002	Bucher-Steinegger Heidi und acht Mitunterzeichnende Volksschule, Einführung der Blockzeiten für die 4. Primarklasse

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auch in der vierten Klasse Blockzeiten verbindlich eingeführt werden könnten.

Seit dem Schuljahr 2001/02 sind die Blockzeiten an der Unterstufe (1.–3. Klasse) der Stadt Zürich eingeführt. Mit dem dazugehörenden Beschluss hat der Gemeinderat ein schon lange formuliertes Anliegen vieler Eltern erfüllen können.
Die Blockzeiten wurden bisher nur für die Unterstufe und nicht für die Mittelstufe definiert und eingeführt. Der Grund ist in den unterschiedlichen Stundenplänen der beiden Stufen zu suchen. Die Anzahl Lektionen an der Mittelstufe lassen mehrheitlich gar keinen Schulbeginn um neun Uhr oder einen Schulschluss um elf Uhr zu.
Das neue Volksschulgesetz schreibt die generelle Einführung der Blockzeiten vor. Diese sind ab Schuljahr 07/08 für alle Schulstufen der Volksschule in der Stadt Zürich eingeführt worden. Gestützt auf diese Ausführungen wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2004/001385 2004/000452	03.07.2002 25.08.2004	Bucher-Steinegger Heidi und acht Mitunterzeichnende Volksschule, ausserfamiliäre Mittagsbetreuung für die Oberstufe

Der Stadtrat wird aufgefordert, in der Stadt Zürich schulhausbezogene und flächendeckende ausserfamiliäre Mittagsbetreuung für OberstufenschülerInnen mit altersgerechten Angeboten zu entwickeln und anzubieten. Er präsentiert dafür eine kreditschaffende Weisung.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes, das eine flächendeckende bedarfs- und bedürfnisgerechte Tagesstruktur für alle Schülerinnen und Schüler der Volksschule verlangt, wird auch die gesamte Oberstufe in den kommenden Jahren ein entsprechendes Angebot erhalten. Wie sich dieses Angebot ausgestalten wird, ist bereits heute Gegenstand von diversen Abklärungen. Mit der neuen Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung wird zusätzlich die Möglichkeit geschaffen, in schulhausnahen privaten Angeboten Betreuungsplätze einzukaufen. Gerade in der Oberstufe könnte sich dies als eine wertvolle Ergänzung zum schulischen Angebot erweisen, da die Jugendlichen über Mittag gerne das Schulareal verlassen. Dies zeigen auch erste Erfahrungen mit der Mensa Im Birch.
Die im Jahre 2006 durchgeführte Untersuchung des Schulamtes bezüglich der Oberstufen-Angebote hat gezeigt, dass der Bedarf mehrheitlich gedeckt ist. Der geplante Angebotsausbau für die unteren Schulstufen wird auch eine Anpassung des Bedarfs bei der Oberstufe nach sich ziehen. Aufgrund dieser Erwägungen beantragt die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz mit Beschluss vom 11.07.06 die Abschreibung des Postulats.

POS 2002/001669 2002/000335	11.09.2002 25.08.2004	Burri-Wenger Maya und Di Concilio Salvatore Schulhäuser, Aufstockung der Reinigungsstunden

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, ob die den Schulhausabwartinnen und -abwarten zugeteilten Reinigungsstunden entsprechend aufgestockt werden können, damit wieder eine jährliche Grossreinigung in allen Schulhäusern durchgeführt werden kann.

Das Projekt des Schulamtes zur Neuberechnung der Personalressourcen für die Reinigung wurde per Sommer 2007 abgeschlossen, die entsprechenden Reglemente sind in Kraft getreten. In diesem Rahmen wurde der Reinigungsstandard der Volksschulanlagen geklärt und vereinheitlicht.
Der Stadtrat spricht sich aus den folgenden Gründen gegen die vollständige Umsetzung der Forderungen des Postulats aus:

– Für die aus betrieblichen oder hygienischen Gründen sensiblen Räume (Horträume, Toiletten) ist gemäss der provisorisch in Kraft gesetzten Reinigungsordnung eine jährliche Grundreinigung vorgesehen.
– Für die übrigen Räume genügt die vorgesehene Grundreinigung alle drei Jahre, verbunden mit zusätzlichen Reinigungen nach Bedarf.

Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/001674 2002/000336	11.09.2002 25.08.2004	Burri-Wenger Maya und Feuillet Dominique Kindergartenlokale, Aufstockung der Reinigungsstunden

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, ob die den Schulhausabwartinnen und -abwarten zugeteilten Reinigungsstunden entsprechend aufgestockt werden können, damit alle Kindergartenlokale wieder täglich gereinigt werden und eine jährliche Grossreinigung in den Kindergartenräumen durchgeführt werden kann.

Das Projekt des Schulamtes zur Neuberechnung der Personalressourcen für die Reinigung wurde per Sommer 2007 abgeschlossen, die entsprechenden Reglemente sind in Kraft getreten. In diesem Rahmen wurde der Reinigungsstandard der Volksschulanlagen geklärt und vereinheitlicht.
Der Stadtrat spricht sich aus den folgenden Gründen gegen die vollständige Umsetzung der Forderungen des Postulats aus:

- Mit der neuen, provisorisch in Kraft gesetzten Reinigungsordnung werden die Reinigungshäufigkeiten vereinheitlicht und die Abgrenzungen zwischen Hausdienst und NutzerInnen präzisiert.
- Die sensiblen und die stark verschmutzten Bereiche (Toiletten, Eingangsbereich) werden mit der neuen Reinigungsordnung pro Woche fünfmal gereinigt.
- Die betrieblichen und hygienischen Anforderungen an die Sauberkeit können mit den neu festgelegten Reinigungshäufigkeiten erfüllt werden.
- Eine Erhöhung der Reinigungshäufigkeit bringt auch betriebliche Einschränkungen mit sich (tägliches Aufräumen und Aufstuhlen).

Es wird somit beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2002/002100 2002/000471	06.11.2002 07.09.2005	Erfigen Monika und Peter Karin Drogen und Alkohol, Nulltoleranz an den Schulen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie an den Schulen der Stadt Zürich die Nulltoleranz für Drogen und Alkohol durchgesetzt werden kann.

In der Verordnung betreffend das Volksschulwesens des Kantons Zürich ist festgehalten: *«Der Alkohol- und Drogenkonsum sowie das Rauchen sind den Schülern untersagt»* (§84). Auch in der Hausordnung für Schulgebäude und -anlagen der Volksschule der Stadt Zürich (Hausordnung) ist dieses Verbot verankert. Demgemäss besteht bereits heute ein Verbot für den Konsum von Alkohol und Drogen sowie für das Rauchen.
Es gehört zum pädagogischen Auftrag des Schulpersonals, den Schüler/-innen die Gefahren des Suchtmittelkonsums aufzuzeigen. Die Problematik des Suchtmittelkonsums ist deshalb auch ein wesentlicher Bestandteil des Lehrplans. Die Suchtprävention unterstützt demgemäss die Schulen mit professioneller Beratung, zu der im Wesentlichen Massnahmen für die Früherfassung gehören.
Die Schulsozialarbeit in den Schulen steht u.a. auch für Präventionsarbeit und Krisenbewältigung zur Verfügung. Bei Krisen kann von den Schulen auch der Troubleshooter der Fachstelle für Gewaltprävention beigezogen werden.
Demgemäss können sowohl für die Präventionsarbeit wie auch für die Krisenbewältigung Fachstellen zur Unterstützung der Schulen beigezogen werden. Da repressive Massnahmen eher kontraproduktiv wirken, sind die Schulbehörden überzeugt, dass die Anliegen des Postulats in den Schulen bereits umgesetzt werden. Somit wird die Abschreibung des Postulats beantragt.

POS 2002/002242 2002/000486	20.11.2002 07.09.2005	Burri-Wenger Maja und Graf Wüthrich Franziska Kindergartenstufe, Bewilligung von Teamteaching

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf der Kindergartenstufe in begründeten Fällen auf Antrag hin ein zeitlich befristetes Teamteaching bewilligt werden kann.

Die Kantonalisierung des Kindergartens sieht vor, dass ab Schuljahr 2007/08 der Kindergarten mit den zugeteilten Vollzeiteinheiten (VZE) des Kantons geführt wird. Damit sind auch folgende Neuerungen vorgesehen, welche dem Anliegen des Postulats entsprechen sollten: Die integrative Förderung an den Schulen wird Ressourcen für den Förderbedarf einsetzen. Auf Kindergartenstufe sind das mindestens 0.4 VZE pro 100 SchülerInnen. Ausserdem werden in Kindergartenklassen, in welchen mindestens fünf Kinder mit Deutsch als Zweitsprache unterrichtet werden, in der Stadt Zürich Kurse in Standardsprache (Hochdeutsch) während rund 50 Minuten pro Woche durchgeführt. Nach der Umsetzung der Förderungen wird dieser neu definierte Aufnahmeunterricht im Teamteaching vermittelt werden.
Mit der Kantonalisierung des Kindergartens kann die Stadt Zürich nicht mehr frei über diese Schulstufe verfügen. Spätestens ab Schuljahr 2009/10 wird in den Schulen die integrative Förderung umgesetzt und Teamteaching ab diesem Zeitpunkt vollumfänglich durch die kantonalen Vorgaben geregelt und somit eingeführt sein. Aufgrund dieser Vorgaben wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/000451 2004/000095	03.03.2004 17.03.2004	Berthoud Rosemarie Volksschule, Einführung von Zwei-Lektionen-Blöcken

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Volksschule der Stadt Zürich, entweder für einzelne besonders geeignete Fächer oder generell, sogenannte 2-Lektionen-Blöcke, zuerst als Versuch, eingeführt werden können, wobei keine Mehrkosten entstehen sollten.

Das Hauptziel der Postulantin, mittels einer kompakteren Unterrichtsorganisation eine Steigerung der Effizienz des Unterrichts zu erreichen, kann nicht durch eine äussere Änderung der Unterrichtsorganisation allein erreicht werden. Aufgrund der bestehenden gesetzlichen Vorgaben entscheidet die Lehrperson seit jeher in eigener Verantwortung, wann sie gestützt auf didaktikbetreffende und pädagogische Prinzipien die fest geschriebene Unterrichtsorganisation aufbrechen und Lektionen zusammenziehen will. Eine generelle städtische Regelung im Sinne eines Versuchs zu erproben ist hierfür nicht notwendig, zumal eine solche über kantonale Gesetzesgrundlagen erwirkt werden müsste.
Bereits mit Beschluss vom 24.01.2006 beantragte die Zentralschulpflege die Abschreibung des Postulats mit dem Geschäftsbericht des Stadtrats 2006. Nach der Inkraftsetzung des Neuen Volksschulgesetzes mit dem Schuljahr 2007/08 sind die oben erwähnten Erwägungen noch bestärkt worden. Es wird somit beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2004/000570 2004/000149	24.03.2004 12.05.2004	CVP-EVP-Fraktion Unterricht in Biblischer Geschichte, Aufrechterhaltung des Angebots

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Unterricht in Biblischer Geschichte unter der Bezeichnung Ethik und Religion vom kommenden Schuljahr 2004/2005 an erteilt werden kann.

Der Regierungsrat hat am 14. Dez. 2005 einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative zur Weiterführung der «Biblischen Geschichte» verabschiedet, welcher am 12. März 2007 vom Kantonsrat deutlich angenommen wurde. Daraufhin wurde die Initiative zurückgezogen. So soll nun auf Primarstufe voraussichtlich ab Schuljahr 2008/09 das neue Fach «Religion und Kultur» im gleichen zeitlichen Umfang, mit erweiterten Zielsetzungen und obligatorischem Besuch gestaffelt eingeführt werden.
Der Stadtrat sowie die Konferenz der Schulpräsidentinnen und -präsidenten sind der Meinung, dass die wesentlichen Forderungen des Postulats mit der geplanten Einführung des obligatorischen Schulfachs «Religion und Kultur» erfüllt wurden. Die Einführung eines Schulfachs «Ethik und Religion» ist nicht notwendig, da wie erwähnt gemäss Entscheid Kantonsrat das neue Fach «Religion und Kultur» an der Primarschule (eine Wochenstunde) eingeführt wird. Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2004/000571 2004/000150	24.03.2004 12.05.2004	Leiser Albert und Püntener Peter Unterricht in Biblischer Geschichete, finanzielle Unterstützung durch kirchliche Organisationen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit der bisherige Biblische Unterricht unter der Bezeichnung Ethik und Religion (je eine Wochenlektion in den Primarklassen 1–6 auch in der Stadt Zürich als freiwilliges Schulfach – zumindest versuchsweise für die nächsten zwei Jahre bis 2006 bzw. bis zur Neufestsetzung im Lehrplan der Volksschule – weiter erteilt werden kann, wobei für dessen gänzliche oder teilweise Finanzierung allenfalls die Unterstützung kirchlicher Institutionen (z. B. die beiden städtischen Verbände der reformierten und der katholischen Kirchgemeinden) heranzuziehen ist.

Der Regierungsrat hat am 14. Dez. 2005 einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative zur Weiterführung der «Biblischen Geschichte» verabschiedet, welcher am 12. März 2007 vom Kantonsrat deutlich angenommen wurde. Daraufhin wurde die Initiative zurückgezogen. So soll nun auf Primarstufe voraussichtlich ab Schuljahr 2008/09 das neue Fach «Religion und Kultur» im gleichen zeitlichen Umfang, mit erweiterten Zielsetzungen und obligatorischem Besuch gestaffelt eingeführt werden.
Die Weiterführung des «Biblischen Unterrichts» ist nicht notwendig, da gemäss Entscheid Kantonsrat das neue Fach «Religion und Kultur» an der Primarschule (eine Wochenstunde) eingeführt wird. Eine Übergangslösung mit teilweiser finanzieller Beteiligung kirchlicher Institutionen kann nicht vor der geplanten offiziellen Einführung des neuen Schulfachs umgesetzt werden.
Der Stadtrat sowie die Konferenz der Schulpräsidentinnen und -präsidenten sind der Meinung, dass die wesentlichen Forderungen des Postulats mit der geplanten Einführung des obligatorischen Schulfachs «Religion und Kultur» erfüllt werden. Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2004/001000 2004/000321	16.06.2004 07.07.2004	Bucher Gregor und Angst Walter Schulsilvester, Erhaltung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Schulsilvester im bisherigen Sinne erhalten werden kann.

Seit 2004 wird an der Stadtzürcher Volksschule der letzte Schultag des ausklingenden Jahres nicht mehr als Schulsilvester, sondern als fröhlicher oder besinnlicher Ausklang begangen. Die Lehrpersonen bzw. die Schulen legen unter Einbezug der Schülerinnen und Schüler fest, wie der letzte Schultag gestaltet wird. Spiele sowie festliche und besinnliche Aktivitäten überwiegen in den Programmen.
Die Erfahrungen mit dem neuen Schulausklang haben gezeigt, dass sowohl die Lehrpersonen wie auch die Kinder mit der neuen Gestaltung des ausklingenden Jahres sehr zufrieden sind und der Tag für die Stadtpolizei zum normalen Arbeitstag geworden ist. Somit wird der letzte Schultag des Jahres wieder im Sinne des seinerzeitigen Schulsilvesters im ursprünglich festlichen oder feierlichen Rahmen durchgeführt. Aufgrund der guten Erfahrungen mit der Neuregelung würde eine Rückkehr zum Schulsilvester mit all seinen Auswüchsen von niemandem, auch nicht von der Bevölkerung verstanden. Es wird somit beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/001510 2004/000509	22.09.2004 03.11.2004	Aeschbach Christian Schulen, Einführung von vergleichenden Leistungs- und Kompetenzmessungen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in den Schulen der Stadt Zürich ein detailliertes und umfassendes Konzept zur konkreten Einführung von vergleichenden Leistungs- und Kompetenzmessungen eingeführt werden kann.

Die vergleichende Leistungs- und Kompetenzmessung in den Schulen ist ein Element eines umfassenden Qualitätsmanagements.
Die Einführung der geleiteten Schulen bildet das organisatorische Fundament für Schulentwicklung. Im Schulprogramm werden die pädagogischen Schwerpunkte einer Schule festgelegt und konkrete Massnahmen zu QEQS (Wegleitung für Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in den Volksschulen der Stadt Zürich) geplant. Die Schulpflege genehmigt das Schulprogramm und kann inhaltliche Vorgaben machen. QEQS umfasst die gesetzlich vorgegebenen Q-Elemente wie z. B. Schul- und Jahresprogramm, MAB, usw., erfüllt die Vorgaben des Volksschulgesetzes und ermöglicht einen kontinuierlichen Schulentwicklungsprozess und eine wirksame Qualitätskontrolle.

An den Schulen der Stadt Zürich sind bereits die folgenden Konzepte im Einsatz bzw. geplant:
- **Klassencockpit** ist eine Leistungs- und Kompetenzmessung für die dritten, sechsten und achten Klassen und ermöglicht die Überprüfung der Lernziele in Deutsch und Mathematik und stellt damit die Vergleichbarkeit des Leistungsstands der Klasse sicher.
- **Stellwerk** (webbasiertes, adaptives Testsystems) ist zurzeit im Pilotprojekt zur Neugestaltung des 9. Schuljahres im Einsatz und überprüft in fünf Fächern das Wissen und Können der SchülerInnen und stellt diese in einem Profil dar. Damit ist die Grundlage einer differenzierten Analyse für gezielte Massnahmen und die persönliche Planung der weiteren Schritte für die Schullaufbahn oder den Einstieg in die Berufswelt gelegt.
- Das **Kantonale Konzept Schulqualitätsmanagement der Volksschule, der Mittelschule und der Berufsschule** ist seit 2000 verbindlich und wird schrittweise umgesetzt. Selbstbeurteilung und Fremdbeurteilung gelten dabei für Personen, die einzelne Schule und das kantonale Schulsystem, wobei die Lehrpersonen in der Selbstbeurteilung dazu aufgefordert werden, die eigene Tätigkeit zu beobachten und weiterzuentwickeln.
- Die **Nationalen Bildungsstandards im Projekt HarmoS** ergeben ein Referenzsystem für das professionelle Handeln der Lehrpersonen. Auf diesen Standards aufbauend sind Leistungstests am Ende der zweiten, sechsten und neunten Klasse vorgesehen, welche auf Schuljahr 2009/10 geplant sind.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Entwicklung eines eigenen Konzeptes für die Einführung vergleichender Leistungs- und Kompetenzmessung in der Stadt Zürich aufgrund der bereits eingeführten bzw. der in Kürze zum Einsatz kommenden Konzepte nicht notwendig ist. Eine Parallelentwicklung der Stadt Zürich würde dem Gedanken von kantonalen und nationalen Bildungsstandards widersprechen und erhebliche Kosten verursachen. Somit wird die Abschreibung des Postulats beantragt.

POS 2005/000575 2005/000175	11.05.2005 25.05.2005	Gut Susi und Schwyn Markus Übergriffe an Kindern, Polizei-Information an Schul- und Sportdepartement

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie vorhandene Polizei-Informationen betreffend Übergriffen an Kindern rasch möglichst dem SSD mitgeteilt werden können, damit Lehrer und vor allem Eltern über potentielle Gefahren unmittelbar informiert werden.

Der Stadtrat hat bereits in seiner Antwort (StRB Nr 1647 vom 23. November 2005) auf die Interpellation von Susi Gut und Markus Schwyn (SVP) vom 11. Mai 2005 betreffend «Übergriffe an Kindern, Vorkommnisse im Schulkreis Uto» ausführlich zum selben Thema Stellung genommen. Um Wiederholungen zu vermeiden, kann daher primär auf die Ausführungen jenes Stadtratsbeschlusses verwiesen werden.
Es ergibt sich daraus, dass das Polizeidepartement, das Sozialdepartement und das Schul- und Sportdepartement im Bereich des Kinderschutzes, der Gewaltprävention und der Übergriffe bereits sehr eng zusammenarbeiten. In jedem der sieben Schulkreise existieren Vernetzungsorganisationen (Kerngruppen und Runde Tische), welche die enge Zusammenarbeit gewährleisten und zudem für kurze Wege bei der Kommunikation sorgen.
Wie kurz diese Wege sind, belegt gerade der erwähnte Fall in Zürich Wollishofen. Anders als im Postulat erwähnt, wurden die betroffenen Eltern nicht erst nach einem Monat und über die Medien informiert. Tatsache ist vielmehr, dass erst am Samstag, 9. April 2005, bei der Stadtpolizei Anzeige erstattet wurde. Bereits am Montag, 11. April 2005, wurden die Eltern des betroffenen Schulhauses orientiert, danach die Eltern eines benachbarten Schulhauses (15. April 2005), nach entsprechenden Medienberichten schliesslich die Eltern eines Kindergartens (17. April 2005) und schliesslich alle Eltern im Quartier (20. April 2005). Am 22. April 2005 wurde das Informationsschreiben auf der Internetseite des Kinderschutzes der Stadtpolizei aufgeschaltet. Zudem wurden zur Erinnerung weitere Briefe an die Eltern am 20. und 21. Juni 2005 verschickt. Eine raschere und erst noch stufengerechte Information ist wohl kaum mehr möglich, weshalb der fragliche Vorfall keinen Anlass für eine Änderung bei der departementsübergreifenden Zusammenarbeit gibt. Da nach dem Gesagten der Informationsaustausch zwischen Polizei und Schule bereits gut funktioniert, besteht kein Handlungsbedarf im Sinne des Postulats. Somit wird dessen Abschreibung beantragt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/000650 2005/000208	25.05.2005 15.06.2005	Marti Min Li und Weibel Waser Esther Oberstufenklassen für Mannschaftssportarten, Förderung von Mädchengruppen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Aufnahme von Mädchengruppen bei den Oberstufenklassen für Mannschaftssportarten befördern kann.

Seit dem Schuljahr 2005/06 beträgt der Mädchenanteil in den Klassen für Mannschaftssport (MSP) zwischen 20 und 25 Prozent. Dieser Anteil konnte nur durch besondere Massnahmen seitens der Schule realisiert werden, da die Clubs und Verbände als Kooperationspartner die notwendigen Voraussetzungen für eine Aufnahme der Sportlerinnen nur teilweise erfüllen. Eine weitere Steigerung des Mädchenanteils müsste durch einen konsequenten Ausbau der Leistungen der Clubs und Verbände im Bereich der Juniorinnenförderung erreicht werden. Es wird somit beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2005/001068 2005/000341	31.08.2005 21.09.2005	Rosenheim Monjek Volksschule, Behandlung des Themas Finanzen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Volks-Schulunterricht der Stadt neu das Thema Finanzen umfassend, stufengerecht und fächerübergreifend behandelt werden kann.

Der Lehrplan des Kantons Zürich legt verbindlich fest, welche Inhalte in den einzelnen Klassen der Volksschule vermittelt werden. Die Einführung eines neuen Schulfaches durch die kantonale Bildungsdirektion ist nicht geplant.
In den Lehrmitteln der Volksschule ist das Thema Geld/Finanzen gemäss den Vorgaben des Lehrplans integriert (z. B. in Lehrmitteln der Mathematik, Mensch und Umwelt, Informatik). Zusätzliche Angebote bieten in der Stadt Zürich die Stadtammann- und Betreibungsämter den dritten Sekundarklassen mit Informationsvormittagen zur Schuldenprävention. Weiteres, umfangreiches Material (Printmedien, Internet, Filme) wird von Schuldenberatungsstellen, kirchlichen Institutionen, Banken und weiteren Stellen angeboten.
Der Stadtrat ist ebenfalls der Meinung, dass das Thema Finanzen in der Volksschule umfassend behandelt werden soll. Wie oben erwähnt ist mit der Umsetzung des Lehrplans, dem Einsatz der obligatorischen Lehrmittel und den zusätzlichen Angeboten ein wesentlicher Teil der Forderungen des Postulats erfüllt. Darüber hinaus unterstützt der Stadtrat die Forderung, die Durchführung des Themas im Rahmen der bereits bestehenden Unterrichtsbereiche zu intensivieren. Dazu werden die Schulen mit verschiedenen Massnahmen unterstützt:

- das im Schulamt neu geschaffene Dossier «Finanzen» beinhaltet eine umfassende Zusammenstellung über alle Angebote, Lehrmittel und Lehrplan und bietet zahlreiche Impulse für den konkreten Unterricht;
- das Lehrmittel «Jugendliche in der Schuldenfalle» wird allen Oberstufenschulen der Stadt Zürich zur Verfügung gestellt;
- sämtliche Bausteine zur Informatik, welche Materialien zum Thema Finanzen enthalten, werden wo sinnvoll und möglich überarbeitet und angepasst, damit sie von den SchülerInnen auf den PCs in der Schule genutzt werden können;
- mit Hilfe eines E-Newsletters an rund 1500 Lehrpersonen, (einschliesslich alle Schulleitungen) zum Thema Finanzen macht das Schulamt auf das Thema Schuldenprävention aufmerksam.

Aufgrund dieser Ausführungen und der eingeleiteten Massnahmen wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2005/001316 2005/000438	02.11.2005 16.11.2005	Bergmeier Guido Sportplatz Hönggerberg, Verbesserung der Garderoben

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der plötzlich aufgetretene Garderoben-Notstand auf dem Sportplatz Hönggerberg mit einer unkomplizierten Lösung entschärft werden kann. Es fehlen die hygienischen Einrichtungen (Garderoben, Duschen und Toiletten) für fussballspielende Mädchen und Frauen!

Im Sommer 2007 konnte auf der Sportanlage Hönggerberg ein zusätzlicher Garderoben-Container in Betrieb genommen werden. Das Postulat ist damit erfüllt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/001472 2005/000502	30.11.2005 14.12.2005	Sidler Bruno und Burger Martin Taxifahrten von Kindern und Jugendlichen, Finanzierung durch die Stadt Zürich

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen wirksamen Massnahmen die Transportkosten für Schülerinnen und Schüler (Konto 3172, 5010 Volksschule und Betreuung) möglichst rasch auf den Stand von 2002 zurückgeführt werden können.

Gemäss Volksschulgesetz (VSV §8. Abs. 3) muss die Schulpflege für Schülerinnen und Schüler, welche den Schulweg aufgrund der Länge oder Gefährlichkeit nicht selbstständig zurücklegen können, auf eigene Kosten geeignete Schulwegerleichterungen wie Abgabe von VBZ-Abonnements und die Möglichkeit von Fahrzeugtransporten anbieten. In der Stadt Zürich bestehen die verfügten Schulwegerleichterungen u.a. in der Abgabe von VBZ-Abonnementen und in Fahrzeugtransporten. Weiter werden jeder Klasse eine Gruppenkarte ZVV/VBZ für gemeinsame Fahrten, und für Einzelfahrten Einzelfahrausweise im Rahmen des Unterrichts (oder der Unterrichtsvorbereitung) abgegeben.
Die Transportkosten für SchülerInnen generieren sich aus den genannten VBZ-Dienstleistungen sowie den Aufwendungen für Schulwegerleichterungen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen oder Behinderungen, welche dezentral geschult werden. Die Kostenentwicklung im Bereich Schulfahrten hingegen wird massgeblich durch die Verkehrsregelungsverordnung (VRV) sowie durch die Preisvorgaben des ZVV und der VBZ beeinflusst; dazu kommt die Anzahl der SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen. Die neue VRV von 2002 schreibt vor, dass Kinder unter sieben Jahre mit einer Rückhaltevorrichtung (Kindersitz) gesichert werden müssen. Damit wurde die Anzahl Kinder pro Fahrzeug auf die Anzahl zugelassener Personen gemäss Fahrzeugausweis beschränkt.
Im Rahmen des Projekts «Schulfahrten» konnten folgende Optimierungsmassnahmen umgesetzt werden: ein neues Transportreglement regelt die Organisation (Zuständigkeiten, Kompetenzen) und Finanzierung (Handhabung der Anspruchsberechtigungsprüfung); das neue Antragsformular für Schulwegerleichterungen mit vordefiniertem Ablauf hilft den zuständigen Stellen bei der Prüfung eines Antrags unter Berücksichtigung der Anforderungen von Sicherheit, Qualität und Kosten; Einführung von regelmässigen Workshops und Schulungen für die verantwortlichen Sachbearbeitenden der Kreisschulpflegen zur Gewährleistung der einheitlichen Umsetzung des neuen Transportreglements. Die vermehrt dezentrale Schulung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen – integrativ in der Schuleinheit – wird sich Kosten mindernd auswirken, hingegen die vom Kanton vorgegebene Erhöhung der Klassengrössen und die damit verbundenen oft längeren und beschwerlicheren Schulwege könnten zu vermehrten Transporten auf Kindergartenstufe führen.
Aus diesen Gründen ist es nicht möglich, die Kosten der Schulfahrten auf den Stand von 2002 zurückzuführen. Eine solche wäre nur durch die Aufgabe der Qualitätsvorgaben und über einen Abbau der Sicherheitsstandards realisierbar. Für den Stadtrat stehen jedoch das Wohl der Schulkinder und der sichere Schulweg an erster Stelle. Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2005/001475 2005/000505	30.11.2005 14.12.2005	Badran Jacqueline Kindergärten, Horte und Fachstellen, Einbezug in das Projekt «Schulen ans Verwaltungsnetz»

Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob die städtischen Kindergärten, Horte und Fachstellen in das Projekt «Schulen ans Verwaltungsnetz» eingebunden werden kann.

Mit dem Projekt «KITS für Kids» wurden die Volksschulen der Stadt Zürich von Februar 2003 bis Dezember 2006 mit einer IT-Infrastruktur ausgerüstet. Dabei wurden in allen Klassenzimmern zwei bis vier Computer installiert. Für die persönliche Vorbereitung und für administrative Arbeiten erhielten die Schulhausteams in den gemeinsamen Arbeitsbereichen PCs mit Internetanschluss. Seit der Umsetzung des Projekts «SAV» («Schulen ans Verwaltungsnetz») verfügen alle Mitglieder der Schulhausteams über persönliche Mailadressen.
Den HortleiterInnen und KindergärtnerInnen stehen unmittelbar an ihren Arbeitsplätzen keine Computer zur Erledigung der notwendigen Arbeiten zur Verfügung. Sie können jedoch die Infrastruktur der Schule benutzen, was aufgrund der dezentralen Lage vieler Hort- und Kindergartenlokale mit grösseren und zeitaufwändigen Wegstrecken verbunden ist.
In verschiedenen Workshops wurden mit HortnerInnen, KindergärtnerInnen und weiteren Experten die Anforderungen für die IT-Arbeitsplätze Kindergärten und Horte definiert. Grundsätzlich soll ein IT-Arbeitsplatz pro Standort für die Erledigung der administrativen Arbeiten sowie für die Kommunikation (E-Mail) bereitgestellt werden. Die OIZ hat dazu im Auftrag des SSD eine Machbarkeitsstudie verfasst. Die vorgeschlagene Lösung muss auch in anderen Bereichen anwendbar sein, um kleine, periphere Standorte mit KITS-PC-Zugriff ausstatten zu können (z. B. Fachstellen, Therapieräume usw.).
Für externe Standorte, d. h. Horte oder Kindergärten, die in einem Objekt ausserhalb eines städtischen Schulhauses in einem separaten Gebäude untergebracht sind, wurde eine eigene Variante eruiert (KITS-Client mit lokalen Client-Applikationen, verbunden mit einem zentralem Server bzw. zentraler Datenablage, Netzwerkverbindung über ADSL). Es ist geplant, dass sich hierfür die Stadt Zürich bzw. die OIZ als Fernmelde-Service-Provider beim Bundesamt für Kommunikation registrieren lässt.
Die Bereiche Hort und Kindergarten sollen möglichst rasch direkten Zugang zu den KITS-Systemen erhalten. Das SSD stellt gemäss der Machbarkeitsstudie einen Projektantrag zuhanden des Stadtrates. Für die Umsetzung rechnet die Machbarkeitsstudie für die 338 externen Standorte mit mindestens 18 Monaten.
Aufgrund dieser Ausführungen wird die Abschreibung des Postulats beantragt.